

BULLETIN

NUMMER 1 | März 2010



-
- * 4 Bauordnung – So wird Zug kaputtgebaut *
 - * 12 2000 Watt – Viel zuviel *
 - * 14 Bahn 2030 – Wie viel Tunnel braucht das Land? *
 - * 18 Finanzpolitik – Ein roter Kanton *
 - * 22 Haiti – Das verlorene Land *
-

Inhaltsverzeichnis

2

3 Editorial

Verinselung

4 Bauordnung

So wird Zug kaputt gebaut

6 Kantonsrat

Es wird um Noten gefeilscht

8 Regierungsrat

Absurd, aber Realität

10 Junge Alternative

Ziel erreicht

11 Zuger Justiz

Automechaniker und Multimillionenbetrüger

12 2000 Watt

Viel zu viel

14 Bahn 2030

Wie viel Tunnel braucht das Land?

18 Finanzpolitik

Ein roter Kanton

20 Nationalrat

Abzockerei gefährdet Demokratie
Linke gegen Sprachzwang

22 Haiti

Das verlorene Land

23 Armee

Haben die Soldaten bald ausgesiedelt?

24 Grünspecht

FDP – ein Fall für den Psychotherapeuten

25 Serviceteil

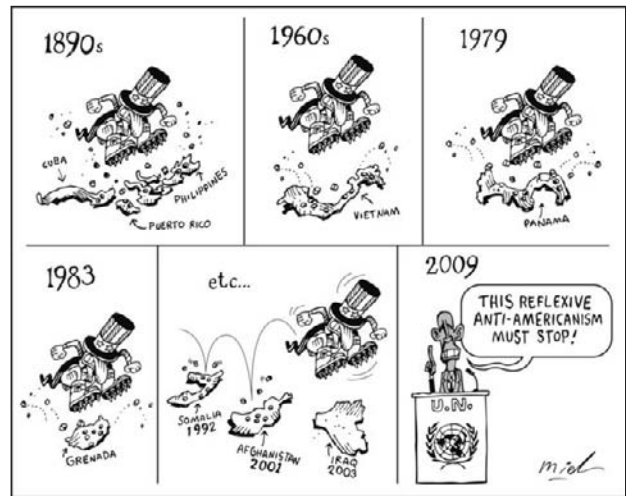
Kino

Buch

Adressen

Impressum

Veranstaltungen



«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Alternative – die Grünen Zug, KriFo Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, Alternative Stadt Zug, Alternative Baar.**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Verinselung

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN, Zug | Bild Flurina Hodel



Ich staune. Die Bürgerlichen haben es jetzt auch gemerkt, dass dieser Kanton zugepflastert wird. Diesbezüglich wird in der Sonntagszeitung vom 14. Januar 2010 dazu der frühere Chef der Zuger Kantonalbank zitiert. Wo man steht und geht, ist Asphalt unter den Füssen. Will die Zugerin oder der Zuger Alltags-sport machen und möglichst viele Wege per Fuss und Velo bewältigen, kommt man nicht drum herum, sich in der verbauten Ebene zwischen Cham-Zug-Baar zu bewegen. Ich frage mich schon seit Jahren, wieso die Verantwortlichen nicht bemerken, dass dieser Kanton an Attraktivität verliert. Denn Attraktivität misst sich nicht nur in guter Infrastruktur, an der es im Kanton Zug wahrlich nicht fehlt und die die Zugerinnen und Zuger bestimmt auch schätzen. Nicht nur daran, dass man viele Wohnungen baut, die ein zahlungskräftiges Publikum anlocken, dass die Wohnblocks möglichst dicht nebeneinander stehen, dass man möglichst viele Strassen baut, um die Verkehrerschliessung zu verbessern. Und die Anbindung an die Naherholungszen-

tren, die je länger je mehr ausserhalb des Kantons liegen. Es braucht Grünflächen. Vor Ort. Diese müssen möglichst einfach erreichbar sein. Diese müssen vor der Nase liegen. Sie sollen das Auge beruhigen, die Sinne erfreuen. Und das immer wieder. Sie sollen jüngeren Kindern einen Spielraum bieten. Vor Ort.

Denn der angestammte und eigentliche Spielraum für jüngere Kinder ist das Wohnumfeld und sind die Wiesen, Bäume und Strassen vor der Haustüre. Es ist nachweislich so, dass Kinder, die in einer vom Verkehr bedrohten Umgebung aufwachsen, im Vergleich zu anderen deutliche Rückstände sowohl in Bezug auf die motorische und soziale Entwicklung als auch hinsichtlich ihrer Selbstständigkeit aufweisen. Im Nationalfondsprojekt «Das Kind in der Stadt» und in einer Nachfolgeuntersuchung wurde festgestellt, dass 25 bis 30 Prozent der Kinder noch im Alter von fünf Jahren Wohnung und Garten nicht unbegleitet verlassen dürfen. Der Hauptgrund dafür ist der motorisierte Strassenverkehr.

Sobald das Kind gehen kann, beansprucht das Kind grössere Räume für sich und macht bald auch hinter der Wohnungstüre nicht mehr Halt. Das heisst, die Bedürfnisse des Kindes nach freier Bewegung und Erkundung der Umwelt nehmen Ausmasse an, die Betreuerinnen und Betreuer des Kindes herausfordern. Ein zentraler Konflikt besteht nun darin, dass die nähere Umwelt – Wohnung und Wohnumfeld sind bis im Alter von 5 bis 6 Jahren die wichtigsten Räume der Kinder – zu gefährlich ist, um die Kinder dort selbstständig spielen zu lassen: Sie brauchen eine ständige Begleitung. In Bezug auf die Situation in der Schweiz heisst dies konkret, dass 25 bis 30 Prozent der Kinder bis im Alter von fünf Jahren die Wohnung nicht ohne Begleitung verlassen dürfen. Dies gilt für Wohnlagen in der Stadt genauso wie für solche auf dem Land. Hauptverursacher dieser Situation ist der motorisierte Strassenverkehr. Diese Situation wird als «Verinselung des Lebensraumes» bezeichnet. Für jüngere Kinder bedeutet Verinselung eine starke Isolation und eine ausserordentlich starke Abhängigkeit von Erwachsenen. Durch die Gefahren des Strassenverkehrs werden die Kinder über Jahre hinweg an die Hand der Mütter oder Väter gezwungen. Diese Situation stellt einer selbstständigen Beziehung der Kinder zu Natur und Umwelt grosse Hindernisse in den Weg.

Hinweis: Teile des Artikels beziehen sich auf den Artikel «Strukturelle Gewalt im Strassenverkehr» von Dr. Marco Hüttenmoser. Er leitet die Dokumentationsstelle Kind und Umwelt. Am 1. September 2005 wurde das Netzwerk «Kind und Verkehr» gegründet. Siehe auch www.kind-undumwelt.ch ■

So wird Zug kaputt gebaut

Heinz Wäspi, Zug | Bild Paula Gisler, Visualisierung BULLETIN

4 Kurz vor den Festtagen erlebten die Bewohner des Löberenquartiers in Zug eine böse Weihnachtsbescherung: Auf dem Areal der Gärtnerei Landtwing – zwischen Aegeri- und Löberenstrasse – erhoben sich schwindelerregend hohe Baugespanne, die nichts Gutes erahnen liessen.

Wer sich beim Baudepartement kundig machen wollte, wurde bis zum Zeitpunkt der offiziellen Publikation im Amtsblatt vom 24. Dezember vertriebt. An diesem Tag traf man dort nur auf verschlossene Türen. Den Interessierten – allen anders lautenden Beteuerungen zum Trotz – stand erst am 4. Januar auf dem Baudepartement jemand Red und Antwort. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits zwei Drittel der Einsprachefrist abgelaufen. Hier wurden die Bürgerinnen und Bürger regelrecht über den Tisch gezogen; eine solche Ausschreibung verdient die Bezeichnung missbräuchlich. Nichtsdestotrotz wurden 26 Einsprachen eingereicht, und das Projekt «Löberpark» kam bis auf die Frontseite der Neuen Zuger Zeitung. Weshalb diese Aufregung? Die Bauherrschaft, bestehend aus der Gärtnerei Landtwing AG und der Schweizerischen Mobiliar, möchte hier drei Wohnblöcke errichten, deren Dimension sich nicht im Geringsten mit dem quartierüblichen Mass verträgt. Die architektonische Qualität der Überbauung, die einer Stauwand gleich ins Quartier hineingeklotzt würde, lässt so viel zu wünschen übrig, dass dafür laut eines Sachverständigen auch ein Architekturstudent im 1. Semester Schelte kriegen würde.

Missbrauch der Bauordnung

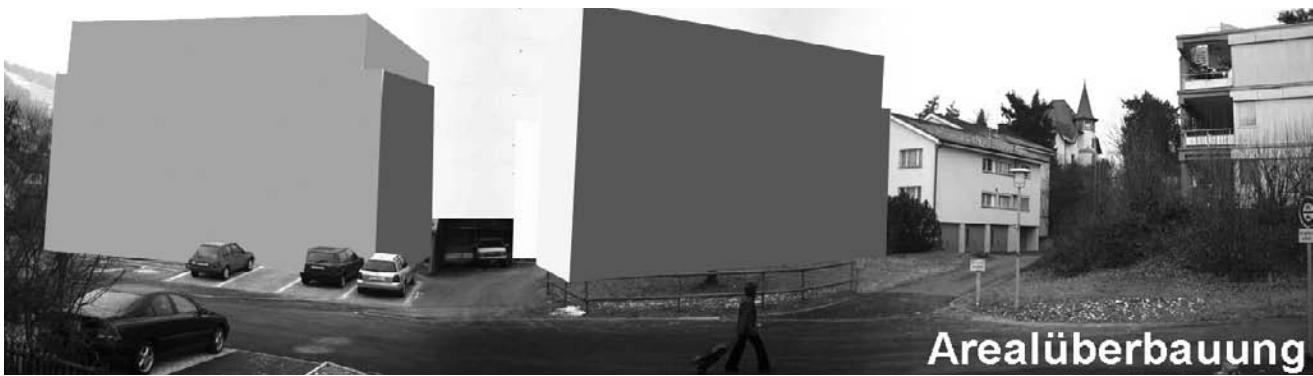
Unsere Bauordnung verlangt von Neubauten nicht nur die Erfüllung formeller Anforderungen wie Anzahl Stockwerke, Ausnutzungsziffer und Grenzabstand, sondern explizit auch die Quartierverträglichkeit. Weshalb soll der «Löberpark» in einer Umgebung mit grossmehrheitlich dreistöckigen Gebäuden über deren fünf verfügen dürfen? Warum muss er das

Quartier wie eine Stauwand dominieren? Rein formell wäre dies zwar mit der Einteilung in die Wohn- und Gewerbezone WG4 zulässig. Wenn aber drei grosse Wohnblöcke mit 0 Prozent Gewerbeanteil geplant werden, entspricht dies einem Missbrauch der grosszügig gewährten Zoneneinteilung. Diese wurde bei der kürzlich vorgenommenen Revision der Ortsplanung nicht angefochten, weil man nach erfolgten grösseren Investitionen mit Fug und Recht davon ausgehen konnte, dass der Betrieb der Gärtnerei Landtwing hier aufrechterhalten bleiben würde. Wer diesem Betrieb wohlwollend gegenüber gestanden hatte, sieht sich heute betrogen und wünscht sich, damals etwas mehr Misstrauen an den Tag gelegt zu haben. Ein weiterer Stein des Anstosses ist die 15 Prozent steile Ausfahrt der geplanten Tiefgarage zum Moosbachweg, einer schmalen und von Schulkindern und Familien benützten Quartierstrasse. Abgesehen von der extremen Belastung der direkten Anwohner durch Lärm und Schadstoffe (Befahren der Rampe nach Kaltstart!) wäre die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer akut gefährdet, was ein besorgter Nachbar in einem Brief der Bauherrschaft zu bedenken gab. Die Antwort des Architekten Urs Keiser war an Unverfrorenheit kaum zu überbieten. Es hiess, auch die Stadtbildkommission hätte hier mit geplant und sei zum Schluss gekommen, das geplante Projekt sei das Gelbe vom Ei. Eine Überprüfung dieser Behauptung ergab, dass die Stadtbildkommission nur bei einer ursprünglich geplanten Arealüberbauung einbezogen wurde, zum vorliegenden Projekt aber rein gar nichts zu sagen gehabt hätte. Vorspielung falscher Tatsachen nennt man das, was sich Herr Keiser erlaubt hat.

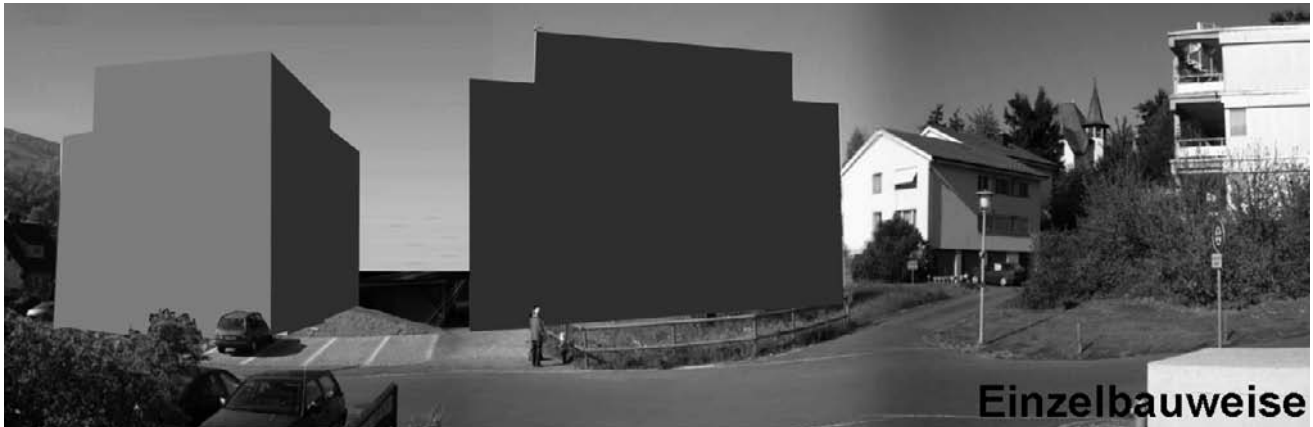
Ironie des Schicksals: Unter dem grossen öffentlichen Druck beschloss der Stadtrat, die Stadtbildkommission (SBK) doch noch einzusetzen. Ihre Beurteilung könnte vernichtender nicht sein. Die SBK hält fest, dass sich die Projektverfasser der Herausforderung nicht einmal gestellt haben, «die sich durch das Aufeinandertreffen der Zonen WG4, W3 und W2 ergibt, und die sich durch die topographischen Höhenunterschiede von Aegeristrasse und Löberenstrasse bzw. Moosbachweg um so deutlicher zeigt». Die «massiven Gebäudevolumen» wirkten neben der W3- und W2-Zone «unsensibel», ihre Ausrichtung «negiert den stadträumlichen und topographischen Kontext». Und weiter: «Die Beschattung für die nördlich vom Moosbachweg liegenden Grundstücke ist beträchtlich ... und die Fassaden entlang vom Moosbachweg wirken abweisend ... Die Tiefgarage ist von der Löberenstrasse her zu erschliessen.» Das Fazit der SBK lautet, das Baugesuch sei in dieser Form «nicht zu bewilligen».

Rücksichtsloser Bau-Filz

Das Studium der zahlreichen in der Neuen Zuger Zeitung erschienenen Leserbriefe pro und contra förderte einen weiteren interessanten Aspekt zu Tage: Die Zuger SVP hatte sich entschieden auf die Seite der «Löberpark»-Befürworter geschlagen. Nachbarn, die sich gegen das Projekt wehren, werden als Egoisten verleumdet, die mit ihrer bewussten Verzögerungstaktik unsere hohen Mieten zu verantworten hätten. Dies ausgerechnet von Exponenten einer Partei, die für sich beansprucht, die Volksrechte besonders hoch zu halten. Man muss nicht besonders detektivisch begabt sein, um zu erkennen, dass es dabei um Interessen-Filz geht, und das in einer Partei, die sonst liebend gerne alle andern Parteien des Filzes bezichtigt. Wer den «Löberpark» nicht mit Freude begrüsst, dem wurde mangelnde Rücksichtnahme vorge-



Arealüberbauung



Einzelbauweise

5



Beim Rothusweg - in Arealbauweise unzulässig - in Einzelbauweise erlaubt?

So sieht es am Rothusweg heute noch aus

worfen. Nur: Wo bleibt die (auch nur minimalste) Rücksicht der Bauherrschaft auf direkte Nachbarn und Quartier? Schade, dass die wenigsten der SVP-Wähler die Widersprüchlichkeit ihrer Partei durchschauen. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Löberen hoffen, dass die massive und rücksichtslose Bautätigkeit in ihrem Quartier nicht fortgeführt wird. In den letzten Jahren wurde nicht nur das Areal des Moosbachhofes ohne Rücksicht auf das historische Gebäude zugestrichelt. Auf der Rothusmatt konnten die Anwohner eine rücksichtslos geplante Arealüberbauung immerhin verhindern. Beim Rothusweg ist seit mehr als vier Jahren ein Projekt ausgesteckt, das anscheinend partout gegen bestehende Vorschriften durchgeboxt werden soll (siehe Kasten). ■

Vom Umgang mit Stadtzuger Bauvorschriften

Red. Im Januar 2006 wurde ein Baugesuch für eine Arealüberbauung an der Ecke Rothusweg-Löberenstrasse eingereicht. Der Stadtrat erteilte 2008 trotz Einsprachen die Baubewilligung, welche jedoch im März 2009 durch den Regierungsrat aufgehoben wurde. Der Regierungsrat wirft in seiner Begründung der Stadt Zug die Verletzung des rechtlichen Gehörs der Einsprechenden als groben Fehler vor. Bereits deswegen müsse die Baubewilligung aufgehoben werden. Sie wäre gemäss Regierungsrat aber auch aus materiellen Gründen aufzuheben gewesen. Es sei nicht auszumachen, inwiefern die vorgesehenen Abstandunterschreitungen zur besonders guten städtebaulichen und architektonischen Lösung führen sollten, welche die Bauordnung der Stadt für Arealüberbauungen verlangt. Die Stadt habe es zudem versäumt, die in der Bauordnung vorgeschriebene Gewährleistung von Fussgängerverbindungen zum städtischen Fusswegnetz zu fordern. Schliesslich hätten zum Zeitpunkt der Baubewilligung korrekte Angaben über die Ausnützung gefehlt. Im Sommer 2009 reichte die Bauherrschaft ein gemäss Stadtrat «fast identisches» Baugesuch ein, dieses Mal aber in Einzelbauweise. Nach Eingang erster Einsprachen zog die Bauherrschaft kurz vor den Sommerferien das Gesuch zurück und reichte umgehend ein neues, praktisch unverändertes, ein. Mitte Dezember 2009 gab der Stadtrat den Einsprechenden das Erteilen der Baubewilligung bekannt. Faktisch hat der Stadtrat also in Einzelbauweise das bewilligt, was vorher als Arealüberbauung nicht zulässig war. In seinem Entscheid geht der Stadtrat auf die Argumente der Einsprechenden nicht ein. Das bedeutet für sie eine erneute Verletzung des rechtlichen Gehörs. Die Angelegenheit liegt nun wieder vor dem Regierungsrat.



Es wird um Noten gefeilscht

Erwina Winiger, Fraktionschefin Alternative Grüne Fraktion sowie Schulleiterin und Lehrerin, Edlibach | Bild Susanne Freitag

6 Der Kantonsrat beschäftigte sich kürzlich mit einigen bildungspolitischen Vorlagen, so u.a. mit dem Konzept Sonderpädagogik, mit Änderungen des Lehrbesoldungsgesetzes und diversen Motionen zu bildungspolitischen Belangen. Die Motion von Andreas Hausheer sowie 32 MitunterzeichnerInnen erhitze kurz vor Weihnachten die Gemüter. Mit ihr verlangt er die Wiedereinführung von Noten ab der 2. Primarklasse.

Die Notengebung soll in Zukunft nicht wie jetzt ab Ende der 4. Klasse erfolgen, sondern schon ab der Unterstufe. Die Beurteilungsgespräche sollen trotzdem weiter durchgeführt werden. Durch die zusätzlichen Noten wird mehr Klarheit angestrebt, weil angeblich die Beurteilungsgespräche wenig aussagekräftig seien oder nicht verstanden würden (!). Doch Noten sind beileibe nicht das, was beispielsweise die FDP Schweiz in einem Positionspaper aus dem Jahr 2006 festhält: «Ein für Kinder, Eltern und Lehrpersonen klares und einfaches nachvollziehbares Evaluationssystem, das Missverständnisse, z.B. bei Stufenübertritten verhindere. Es lehrt die Kinder bereits früh, mit Leistungsdruck umzugehen.»

Kein Rückschritt in die «pädagogische Steinzeit»

Die Notendiskussion teilte den Kantonsrat schnell in zwei Lager. Einerseits in «Schulfremde», welche aus eigener Erinnerung oder/und als Elternteil die frühe Notengebung wie oben erwähnt als allgemein verständliches und nachvollziehbares System kennen und einstufen, andererseits in «Bildungsnah», selber Lehrkräfte oder in der Pädagogik oder Schulfragen Bewanderte, die klar sagen, dass die Wiedereinführung von Noten in der Unterstufe ein Rückschritt in die «pädagogische Steinzeit» wäre. Kantonsrat Philipp Röllin prägte diesen Begriff. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das bewährte System von «Beurteilen und Fördern» mit einer differenzierten Gesamtsicht durch ein pseudoobjektives Notenzeugnis er-

gänzt werden soll. Noten gaukeln Vergleichbarkeit, Gerechtigkeit und Genauigkeit vor. Seit Jahrzehnten wird die messtechnische Leistungsfähigkeit von Ziffernnoten wissenschaftlich untersucht. Die Ergebnisse fallen durchwegs miserabel aus, was die Grundansprüche an die Beurteilung anbelangt. Die Grundaussagen der Wissenschaft sind klar: Noten haben eine schlechte Validität, das heisst, was gemessen wird, entspricht nicht unbedingt dem, was man messen will. Sie sind nicht objektiv. Sie lassen sich schlecht vergleichen und auch bezüglich Wiederholungszuverlässigkeit schneiden die Noten schlecht ab. Das weiss jedeR LehrmeisterIn, die/der ein Abgangszeugnis von der Oberstufe interpretieren muss. Sogar bei SchülerInnen aus dem gleichen Schulhaus sind die Unterschiede beim effektiven Leistungsstand enorm, obwohl sie die gleichen Noten ausweisen. Die Begründung, wir sind in einer Leistungsgesellschaft und dies sollen Kinder schon früh erfahren, auf diese Weise können sie sich aufs Leben vorbereiten, schmerzt.

Leistung hängt nicht von Noten ab

Es streitet niemand ab, dass eine gewisse Konkurrenzsituation förderlich ist. Doch der gesunde Wettbewerb unter SchülerInnen ist auch ohne Note vorhanden. Zudem gibt es genügend Alternativen. Sie seien nur stichwortartig erwähnt: Kompetenzmodelle und Portfolios, Einführung von landesweit einheitlichen Standards und Eichungsangebote in den einzelnen Fächern, damit ein Kind weiss, wel-

che fachlichen Ziele erreicht und welches die nächsten Ziele sind. Regelmässige Standortgespräche und offensives Reagieren auf Defizite, z. B. mit Förderprogrammen sind weitere Massnahmen, welche vor allem schwächere SchülerInnen unterstützen. Im Übrigen zeigen die PISA-Spitzenreiter wie Schweden oder im deutschsprachigen Raum Südtirol, dass es auch anders geht. Sie kommen in der Volksschule ohne vergleichende Noten aus. In Schweden beginnen Ziffernnoten sogar erst ab dem 8. Schuljahr und trotzdem belegen die Länder aus Skandinavien regelmässig Spitzenplätze im europäischen PISA-Ranking. Der Kantonsrat ist nach intensiver Diskussion dem Ruf von Kantonsrat Beat Sieber gefolgt: «Macht euren Kindern ein Weihnachtsgeschenk und lehnt die Motion ab.» Was dieser unter Namensaufruf auch machte, wenn auch äusserst knapp mit 38:37 Stimmen.

Die Debatte geht weiter

Aus der Debatte nehme ich mit, dass die Schule mehr und verständlicher kommunizieren muss sowie Eltern und PolitikerInnen vermehrt ins Boot holen muss. Wurde doch von einigen KantonsrätInnen offen zugegeben, dass sie das Fachchinesisch der PädagogInnen und BildungspolitikerInnen nicht verstehen und sich die einfache Sprache der Noten wünschen. Mit der kantonsrätlichen Notendiskussion ist die Debatte jedoch nicht zu Ende. Die SVP lancierte die Volksinitiative für das Notenobligatorium ab der 1. Primarklasse. Ein pikantes Detail: Unterstützt wird die Volksinitiative von Gerhard Pfister, der in seiner eigenen Schule Elementa die Noten erst ab der 3. Klasse führt. Aus welchen Gründen wohl?

Innovationsschule – fast alle dafür

Doch nicht nur die Noten haben die SVP auf den Plan gerufen, sie wehren sich gegen jegliche Neuerungen an den öffentlichen Schulen wie etwa



Was gemessen wird, entspricht nicht unbedingt dem, was man messen will.

Modell-, Innovations-, Versuchs- und Laborschulen. Vermutlich gönnen sie dem Bildungsdirektor die Lorbeeren nicht. Der Regierungsrat, insbesondere unser Bildungsdirektor Patrick Cotti, erntete nämlich für die Idee der Innovationsschule unzählige positive Reaktionen aus der gesamten Schweiz. Viel Lob, ausser im Kanton Zug! Damit die Lorbeeren im Bildungsbereich nicht zu gross wachsen können, möchte die Initiative für die nächsten 10 Jahre an der Schule jegliche Innovation verbieten! Wo sind wir denn? Dabei will der Bildungsrat gerade mit der Innovationsschule, dass das System der öffentlich-rechtlichen Schule mit den komplexen Entwicklungsschritten eine Beruhigung erfährt. Diverse Schulentwicklungsvorhaben wurden in den letzten Jahren mit viel Engagement und Sorgfalt der Lehrerschaft ein- und durchgeführt. Verschiedene aktuelle pädagogische Herausforderungen, wie die zunehmende Heterogenität in den Klassen, die Anforderungen an die Begabungsförderung und die Integration können nun in einem Gesamtkonzept der Innovationsschule gebündelt ausgeführt werden. Eine einzelne bestehende Schuleinheit in einer Zuger Gemeinde soll neue Formen des Unterrichts und neue Strukturen erproben. Wobei die Idee nicht ganz frei und neu erfunden ist, vereint die Innovationsschule

doch einige Veränderungen, die jetzt schon an vielen Volksschulen umgesetzt oder in Deutschland an der Laborschule Bielefeld seit 1974 gelebt werden. Hilfreich bei der Umsetzung wird sein, dass die gemachten Erfahrungen durch die Pädagogische Hochschule Zug systematisch erfasst und erforscht werden und den anderen gemeindlichen Schulen sowie Schulen aus dem deutschsprachigen Raum zur Verfügung stehen werden.

Regierungsrat ging richtig vor

Wie in anderen Politikbereichen auch soll die Politik die Ziele definieren, mittels Gesetzen die Rahmenbedingungen klären und Ressourcen zur Verfügung stellen. Wenn sie sich zu detailliert in die pädagogischen Konzepte einmisch, dürften nicht unbedingt qualitativ höher stehende Lösungen entstehen. In diesem Sinne war es ein weiser Entscheid des Regierungsrates, die politischen Parteien nicht in die Vernehmlassung Konzept Innovationsschule mit einzubeziehen. Dafür würde ich ihm die Note 5.4 geben! ■



Absurd, aber Realität

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Kanton Zug | Bild BPW

8 Am 11. März 2010 organisierte Business and Professional Women (BPW) Switzerland in der ganzen Schweiz den Equal Pay Day, so auch in Zug. Das Bundesamt für Statistik (BFS) stellte bei der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung 2008 fest, dass Frauen in der Schweiz 19,3 Prozent weniger verdienen als Männer. Damit ist seit Inkraftsetzung des Gleichstellungsgesetzes erstmals eine Zunahme der Lohnungleichheit festgestellt worden.

Dass im Jahre 2010 ein Equal Pay Day stattfindet, ist eigentlich befremdlich, sollte so nicht nötig sein. Bei unseren Nachfahrrinnen und Nachfahren wird dies hoffentlich nur noch zu Kopfschütteln Anlass geben. Eine Vergrößerung der Lohnungleichheit trotz stetig höherem Bildungsniveau der Frauen in der Schweiz. Wie ist das zu erklären?

Gemäss BFS haben Frauen mit einem Lohn von 5040 Franken im Monat (Medianwert) 19,3 Prozent weniger verdient als ihre männlichen Kollegen (6248 Franken). Das sei, so das BFS, teilweise auf strukturelle Faktoren in Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz, den Unternehmen und der persönlichen Qualifikation zurückzuführen. Bei den Strukturunterschieden ist insbesondere erwähnenswert, dass Frauen in anforderungsreichen Positionen und in Kaderstellen untervertreten waren und eher in Niedriglohnbranchen arbeiteten. Die Lohndifferenz beim Bund – und vermutlich auch bei den Kantonen – ist geringer als in der Privatwirtschaft.

Situation im Kanton Zug

In der Zentralschweiz und im Kanton Zug bestehen klare geschlechtsspezifische Lohnunterschiede, dies auch bei gleichem Anforderungsniveau am Arbeitsplatz. Dies ist auch im Bericht und Antrag des Regierungsrates im Zusammenhang mit der Weiterführung der Kommission für Chancengleichheit von Frau und Mann zu lesen. Die Kommission gab einen Bericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern im Kanton Zug in Auftrag. Dieser gibt Aufschluss über bestehende Geschlechterunterschiede in zentralen Bereichen.

Im Kanton Zug ist die Weiterführung der Gleichstellungskommission bzw. Kommission für Chancengleichheit von Frau und Mann ein hoch aktuelles Thema.

Vor 18 Jahren wurde für vier Jahre ein Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton Zug eingeführt. Als nach drei Jahren die Gleichstellung noch nicht erreicht war, beantragte die Zuger Regierung dem Kantonsrat die Weiterführung des Büros um weitere vier Jahre. Nach einer emotional geführten Debatte im Kantonsrat, beschloss das Parlament vor 15 Jahren, das Büro abzuschaffen. Mit folgenden fünf Gründen wurde versucht, die Abschaffung zu legitimieren:

- mangelnde Verankerung; die Tätigkeit könne auch in Zusammenarbeit mit privaten Stellen geleistet werden;
- der Auftrag, den das Gleichstellungsbüro zu erfüllen habe, sei unklar;
- das Büro sei ohnehin nicht auf grosse Akzeptanz gestossen;
- zudem sei das von diesem Büro vermittelte Frauenbild nicht erwünscht.

Der Kantonsratssaal war zu klein für die vielen Besucherinnen und Besucher, die der Ratsdebatte folgen wollten. So tagte das Parlament ausnahmsweise im Burgbachsaaal.

Ungleiche Ellen

Kaum war die Abschaffung des Büros beschlossen, reichte die FDP-Fraktion eine Motion zur Einsetzung einer verwaltungsexternen Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann ein. Man argumentierte, dass eine solche Kommission die Aktivitäten der

Gleichstellung und deren Verwirklichung breiter abstützen könnte. So beschloss das Parlament vor 14 Jahren die Einsetzung einer solchen verwaltungsexternen Kommission für vier Jahre. Seither bewilligte der Kantonsrat die Weiterführung der Kommission jeweils nur immer für vier weitere Jahre, aktuell bis zum 31. Dezember 2010. Eine Befristung ist unüblich. Was ist der Unterschied zur Kommission für Wirtschafts- und Konjunkturfragen, zur kantonalen Schiesskommission, zur Kommission für Suchtfragen, der Kommission für Tierversuche oder der Integrationskommission? Diese sind unbefristet und müssen nicht mit grossem administrativem Aufwand alle vier Jahre legitimiert werden.

Legitimation

Der Regierungsrat stellt aktuell dem Kantonsrat erneut den Antrag, die Kommission weiterzuführen, und zeigt fundiert die Notwendigkeit und die Herausforderungen auf. Aufgrund der Ergebnisse der Überprüfung des dritten Länderberichts der Schweiz vor dem UNO-Ausschuss zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW), gemäss Schreiben des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) vom 14. Dezember 2009 und dem Gleichstellungsbericht vom 14. August 2009 leitet der Regierungsrat folgende Handlungsfelder ab:

- gerechte Verteilung der bezahlten Erwerbs- und unbezahlten Haus- und Freiwilligenarbeit
- geschlechtsunspezifische berufliche Stellung und Laufbahn
- Verhinderung von Lohnungleichheit
- höherer Anteil an flexiblen Arbeitsplätzen, damit Frauen und Männer Beruf und Familie vereinbaren können
- bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen für alle
- geschlechtsunspezifisches Berufswahlverhalten

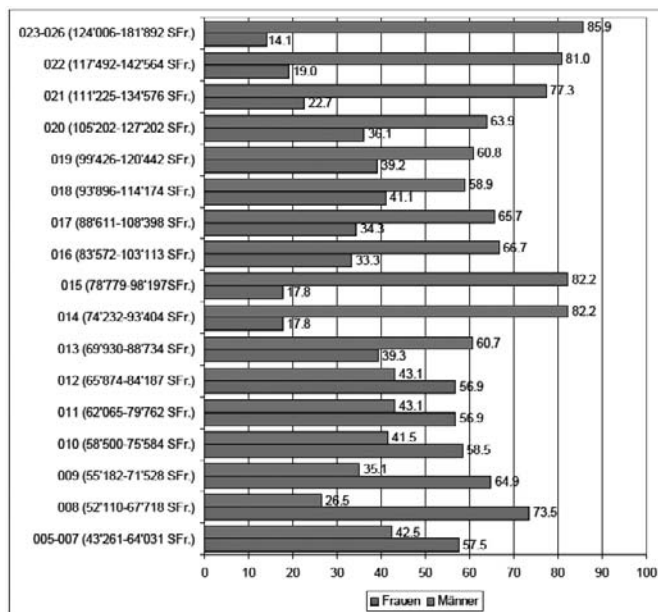


- gleicher Zugang zu Ressourcen und Entscheidungspositionen
- gleiche Vertretung in politischen Entscheidungsgremien
- Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung

Arbeitsplatzbewertung wichtig

Equal Pay ist natürlich eines der zentralen Themen der kantonalen Kommission für Chancengleichheit und so wurde u.a. auch die Einstufung der Lohnklassen nach Frauen und Männern in der kantonalen Verwaltung untersucht.

Bis und mit Lohnklasse 12 sind die Frauen übervertreten. Ab Lohnklasse 13 dominieren die Männer zwischen 58,9 und 85,9 Prozent. Die Ursachen sind vielschichtig und bedürfen einer seriösen Untersuchung und eines Monitorings über die nächsten Jahre. Werden Frauen als Sekretärinnen angestellt und Männer als Sachbearbeiter mit besonderen Funktionen? Warum ist eine Kindergärtnerin zwei Lohnklassen tiefer eingestuft als eine Primarlehrperson? Reicht die Begründung, dass sie zwei Stunden weniger Unterrichtsverpflichtung hat? Ohne Arbeitsplatzbewertung dürfte es schwierig sein, allfällige Diskriminierungen bezüglich Klassenzugehörigkeit in der kantonalen Verwaltung abschliessend auszuschliessen.



Länger arbeiten für gleichen Lohn

In Anbetracht der Resultate der letzten Strukturhebung sind wir uns Frauen und der nächsten Generation gegenüber verpflichtet, gleichen Lohn für gleiche Arbeit immer und immer wieder einzufordern. Denn wie sollen wir unseren Töchtern erklären, dass sie für den gleichen Lohn länger arbeiten müssen als ihre Kollegen? Oder anders gesagt, will eine Frau gleich viel verdienen wie ein Mann in derselben Position, muss sie 19 Prozent oder 49 Tage länger arbeiten als er. Hat ein Mann also am 31. Dezember sein Salär erreicht, müssen die Frauen bis zum 10. März weiterarbeiten. Das Datum

Lohnklassenzugehörigkeit und Jahreslöhne der im Dienste des Kantons Zug tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Stand Februar 2009

des Equal Pay Day markiert den Zeitraum, den eine Frau über den Jahreswechsel hinaus arbeiten muss, um den Jahresverdienst ihres männlichen Kollegen zu erreichen. Die Hoffnung stirbt zuletzt, ich erwarte den Tag, an dem der Equal Pay Day am 1. Januar stattfindet. ■



Ziel erreicht

Junge Alternative, Zug | Bilder IG Galvanik, Marco Knobel

10

Die Zuger Jugend hat also die Galvanik wieder! Dank dem deutlichen JA der Stadtzuger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger kann schon bald wieder musiziert, getanzt und gefeiert werden. Für uns Junge Alternative der bis anhin wichtigste Abstimmungserfolg! Eigentlich sogar der erste überhaupt.

Freudentränen vor dem Burgbachsaal. Eben verkündete Stadtpräsident Dolfi Müller die Stadtzuger Abstimmungsergebnisse: Der Sanierungskredit für die Galvanik wurde mit 62 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen. Die jungen Leute, die dieser Resultatverkündigung beiwohnten, fallen sich in die Arme. Endlich ist es so weit, das Projekt Galvanik kann neu lanciert werden! Ein Blick in die Gesichter des IGGZ-Vorstandes zeigt, mit wie viel Herzblut hier gearbeitet wurde, wie viel Einsatz jede und jeder Einzelne für die Galvanik gegeben hat.

Kreativer Abstimmungskampf

Wohl kaum eine Abstimmung vermochte es, das Interesse der Zuger Jugend so auf sich zu ziehen, wie jene um den Sanierungskredit für das Kulturzentrum Galvanik. Mit enormem Engagement haben sich Jugendliche und Erwachsene für den Wiederaufbau des legendären Kulturzentrums stark gemacht. Auch wir junge Alternative konnten da nur unseren Beitrag leisten. Zusammen mit den Jungfreisinnigen und der Juso haben wir ein Pro-Jugendkomitee gegründet – ein solcher Zusammenschluss stellt in Zug eine absolute Premiere dar! Die Buttons, welche wir bedrucken liessen, wurden zum absoluten Renner. Diesen (einseitig) kreativen und spannenden Abstimmungskampf werden wir wohl nicht so schnell wieder vergessen! ■

Das Objekt der Begierde – Hunderte von Buttons wurden verteilt.



Ein Spendenturm für die Galvanik: Jeder Holzklötz steht für eine Arbeitsstunde zu Gunsten der Galvanik. Auch die Junge Alternative spendete.



Automechaniker und Multimillionenbetrüger

Franz Stoller, Freier Journalist

Seit Jahren narrt Alfred C. Clavadetscher immer wieder die Justiz und lebt mit ertrogenem Geld in Saus und Braus. Davon konnte ihn auch eine mehrjährige Gefängnisstrafe im Kanton Zürich nicht abhalten. Nun hat er den Bogen jedoch endgültig überspannt. Die Zuger Justiz schickt die «lebende Legende» unter den Wirtschaftskriminellen und Betrügern hinter Gitter.

Gut aussehend, charmant und elegant gekleidet, so tritt der gelernte Automechaniker Clavadetscher auf und hat immer grosse Geschäftsprojekte an der Angel. Doch die Spur der finanziellen Verwüstungen, die er hinterlässt, ist lang und gross. Alleine der Fall Gerolag AG beschäftigte die Zürcher Justiz beinahe zehn Jahre, füllte über 100 Bundesordner und endete mit viereinhalb Jahren Gefängnis für den Hauptangeklagten Clavadetscher. Mit mehreren Mitangeklagten schädigte er damals die Zürcher Kantonalbank um rund 60 Millionen Franken. Der Fall sorgte landesweit für Aufsehen – die Zürcher Kantonalbank musste massive Wertberichtigungen vornehmen, spricht: Geld als uneinbringlich abschreiben.

Luftschlösser verkauft

Noch bevor die Strafuntersuchung im Fall Gerolag abgeschlossen war, wandte sich «Clavi», wie ihn seine Kollegen freundschaftlich nennen, dem Immobilienhandel zu. Mitte der 90er Jahre verkaufte er im Luzernischen Wohnungen und Häuser, die noch gar nicht gebaut waren. Der Clou an der Sache war, dass der feine Herr weder über das zugehörige Bauland noch über eine rechtsgültige Baubewilligung verfügte. Einzig die Kaufverträge, bei denen man eine nicht unerhebliche Anzahlung leisten musste, waren juristisch wasserdicht. Wer aus dem Vertrag aussteigen und die Anzahlung zurück haben wollte, musste eine happige Konventionalstrafe berappen. So brachte Clavadetscher zahlreiche junge Familien um ihren Traum von der eigenen Immobilie. Schliesslich setzte der Schuldspruch der Zürcher Justiz seinem kriminellen Treiben ein jähes Ende – er wurde für

den Gerolag-Fall doch noch viereinhalb Jahre aus dem Verkehr gezogen.

Dreist und ungeläutert

Doch der Gefängnisaufenthalt war nicht das Ende, sondern nur ein Unterbruch seiner Karriere. Bereits kurz nach der Entlassung aus dem Gefängnis ging es im gleichen Stil munter weiter. Mit gütiger Mithilfe der Mato Treuhand AG (inzwischen konkurs und gelöscht) sowie Bertrand Chollet als Assistenten schuf sich der selbsternannte Generalunternehmer ein neues Firmenimperium, das nur aus leeren Aktienmantelfirmen bestand. Mit der Investhouse Holding AG zog auch der lokale Eishockeyclub EV Zug eine Niete. Als Sponsor stieg Clavadetscher, dreist wie er ist, mit seiner Holding beim EVZ ein und hätte als Leibchensponsor 300 000 Franken in die Klubkasse zahlen sollen. Zwar stürmte der EVZ eine Zeit lang mit der Investhouse Holding auf der Montur, aber ausser einem Imageverlust und einem Schuldschein von 200 000 Franken konnten die Klubverantwortlichen des EVZ aus dem Abenteuer mit Clavadetscher nichts holen.

Alte Masche - neue Partner

Dass sich mit Immobilien gut Geld verdienen lässt, haben Clavadetscher und sein neuer, mehrfach vorbestrafter Partner Friedrich Kündig sehr wohl gemerkt. Wie vor 15 Jahren wurden wieder inexistenten Immobilien an den Mann bzw. an die Frau gebracht. An mehreren Orten rund um Affoltern und Birmensdorf waren Bauprojekte ausgesteckt, von denen die Landbesitzer keine Kenntnisse hatten. 88 Personen fielen auf diesen Schwindel herein.

Luxusleben mit fremdem Geld

Mit dem Geld aus den Immobilienbetrügereien lässt es sich gut leben. Legendär sind Clavadetschers filmreife Auftritte in der Zuger Gastroszene – 200 Franken Trinkgeld für das Servicepersonal waren keine Seltenheit. Andererseits mussten der Privatchauffeur und zahlreiche Lieferanten teilweise lange auf ihr Geld warten oder gingen sogar leer aus. Aber mit dem Hallodri-Leben ist es jetzt vorbei. Clavadetscher wird sein jetziges beschauliches Zuhause mit einer ungemütlichen Einzelzelle im Gefängnis tauschen müssen. Das Strafgericht hat ihn wegen diverser Delikte verurteilt. Allerdings reichte es nicht wie von der Staatsanwältin gefordert zu 32 Monaten, sondern «nur» zu 16 Monaten Gefängnis unbedingt. Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig. Ob ihn die neuerliche Gefängnisstrafe zum Umdenken bringen wird, darf bezweifelt werden. Clavadetscher hat sich bisher als unbelehrbar gezeigt.

Kumpan Kündig ist zurzeit noch auf freiem Fuss. Seine Urteilsanfechtung hatte vor Bundesgericht Erfolg. Der Fall liegt nun auf dem Pult der Zürcher Justiz. ■

11

Viel zu viel

Markus Müller und Astrid Estermann | Illustrationen BULLETIN

12

Längere Arbeitswege, grössere Wohnungen, elektronische Geräte, Früchte aus der Südsee und Flüge in ferne Städte und an schöne Strände – in unserem Alltag brauchen wir immer mehr Energie.

Zug ist ein Ort mit grosser Lebensqualität. Aber Zug ist, wir wissen es nur zu gut, nicht nur beschauliche Idylle, sondern auch ein dynamischer Wirtschaftsstandort. Die Stadt, als Wohn- und Geschäftssitz gleichermaßen begehrt, wächst deshalb Jahr für Jahr. Der Siedlungsraum dehnt sich aus und der Verkehr nimmt rasant zu, auf Kosten von Landschaft und Luftqualität. Damit trotz des Booms die Lebensqualität langfristig erhalten bleibt, gilt es, die Balance zu finden zwischen verschiedenen Ansprüchen. Die Stadt Zug trägt zwar seit 1999 das Label «Energistadt» und bemüht sich seither für einen sparsameren Verbrauch von Energie. Es wäre aber verfehlt, sich auf diesen Lorbeeren auszuruhen, denn die Zukunft verlangt weitere Schritte zu mehr Nachhaltigkeit. Die Stadt Zug hat beste Voraussetzungen, zusammen mit Wirtschaft und Forschung, sowie weiteren Modellregionen der Schweiz in den Bereichen nachhaltige Energie, Mobilität und Gesellschaft, eine Vorreiterrolle zu spielen. Zug soll sich entwickeln – aber nachhaltig.

Die zweite Halbzeit: Das Ende des fossilen Zeitalters

Fossile Brenn- und Treibstoffe sind heute unsere wichtigsten Energiequellen. Etwa 60 Prozent unseres Energiebedarfs decken wir mit diesen nicht erneuerbaren Energieträgern. Dabei wird die Energie nicht einmal effizient genutzt, denn über die Hälfte davon geht durch Umwandlungsverluste verloren.

Bis vor kurzem galten die Erdölreserven der Welt als unerschöpflich, aber bereits seit einiger Zeit mehren sich die Zeichen, dass der Zenit bereits überschritten ist. Für kommende Generationen wird der Rohstoff Öl nicht mehr in gleichem Masse billig zur

Verfügung stehen. Die Verknappung dürfte zu heftigen Preisanstiegen und weltweit zu vermehrten Konflikten führen. Dazu kommen erhebliche Kosten zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels. Höchste Zeit also, sich auf eine Zeit nach dem Erdöl vorzubereiten. In der 2000-Watt-Gesellschaft stammen nur noch 25 Prozent des Energiebedarfs aus fossilen, nicht erneuerbaren Quellen.

Warum 2000 Watt?

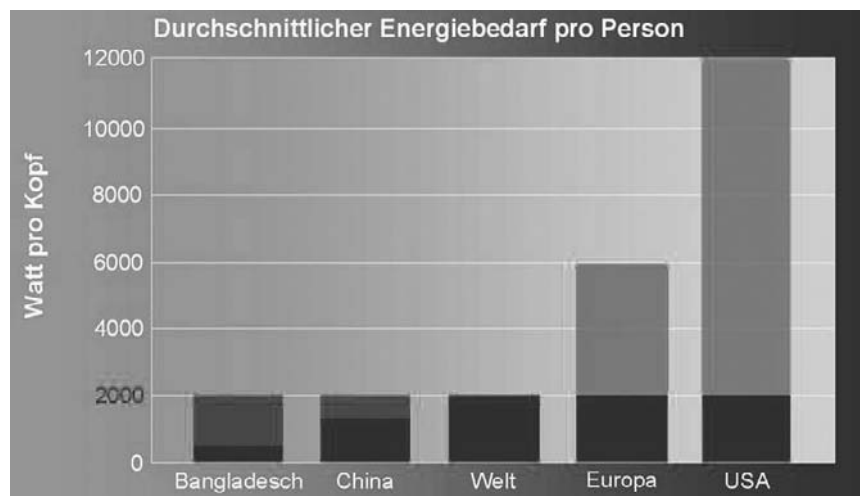
19'300 Kilowattstunden pro Jahr. So viel verbraucht jeder Mensch heute im globalen Mittel. Das entspricht einer kontinuierlichen Leistung von ca. 2000 Watt. So viel verbrauchte die Schweiz pro Kopf etwa im Jahr 1960. Heute sind wir eine 6300-Watt-Gesellschaft geworden, mit steigender Tendenz. Im Gegensatz dazu leben allerdings viele Menschen in Ländern Afrikas und Asiens mit einem Bruchteil davon.

Die Forschung geht davon aus, dass

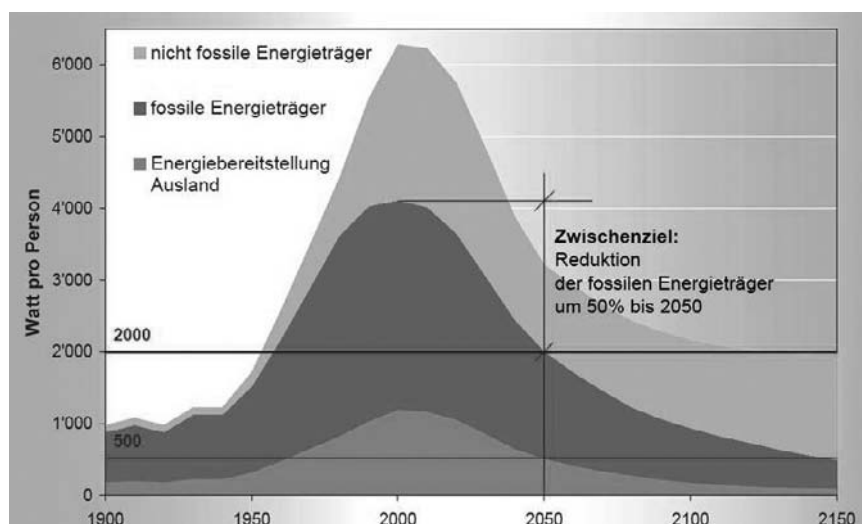
sich der Energiebedarf von 2000 Watt pro Kopf langfristig aus nachhaltigen Quellen decken lässt und damit nicht nur uns, sondern auch der Bevölkerung der gesamten Welt eine faire Chance zur Entwicklung bietet. Ausserdem bewirkt eine Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Kopf und Jahr eine Begrenzung der Klimaerwärmung.

Die 2000-Watt-Gesellschaft vernünftig und machbar

Die Vision 2000-Watt-Gesellschaft orientiert sich an den Nachhaltigkeitszielen in der Bundesverfassung. Sie ist das Resultat der Forschungen zur Nachhaltigkeit verschiedener Fakultäten der ETH. Im Rahmen des Programms «Novatlantis-Nachhaltigkeit im ETH Bereich» wurde dabei die Idee der 2000-Watt-Gesellschaft entwickelt. Das Ziel des Programmes ist es, die Anforderungen im Energiebereich innovativ anzugehen und die Resultate aus der Forschung in der Praxis umzusetzen. So soll vor allem durch Effizienz-Steigerungen der Energieverbrauch von heute 6300 Watt pro Kopf bis 2050 auf 3500 Watt und bis 2150 auf 2000 Watt gesenkt wer-



den. Die Vision verbindet dabei ökonomische, ökologische, gesellschaftliche und ethische Aspekte. Zur Umsetzung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft haben sich bis heute bereits die Städte Zürich, Basel, Genf, St. Gallen, Schaffhausen und Baden bekannt.



Initiative «2000 Watt für Zug»

Die Alternative Stadt Zug hat letztes Jahr eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche sich mit der Zielsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft auseinandersetzt.

Am 5. November 2009 haben Rupan Sivaganesan und Astrid Estermann im Namen der Fraktion Alternative-CSP eine Interpellation eingereicht und den Stadtrat aufgefordert, die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in seine Legislaturziele aufzunehmen und nötige Etappenziele und geeignete Massnahmen vorzusehen, um den Energiebedarf pro Kopf und Einwohner in der Stadt Zug in Zukunft zu reduzieren. Die Interpellation ist bis heute unbeantwortet geblieben.

Deshalb hat die Alternative Stadt Zug entschieden, eine Volksinitiative in der Stadt Zug zu lancieren. Die Parteien SP und CSP sowie verschiedene

Umwelt- Organisationen unterstützen das Anliegen.

An der GV der Alternativen Stadt Zug vom 7. April 2010 wird die Initiative gestartet. Herr Roland Stutz, Geschäftsführer von Novatlantis der ETH Zürich, wird mit einem Referat in das Thema einführen. Ein Flyer, die Homepage www.2000wattzug.ch, sowie verschiedene Aktionen unterstützen die Unterschriftensammlung. ■

Daten:

Mittwoch 7. April: Lancierung der Volksinitiative «2000 Watt für Zug», Siehbachsaal, Zug

Samstag 17. April, 9 bis 12 h, **Unterschriften-Sammelaktion**

Samstag 8. Mai, 9 bis 12 h, **Unterschriften-Sammelaktion**
jeweils in der Stadt Zug

Informationen: www.2000wattzug.ch, www.novatlantis.ch

Wie viel Tunnel braucht das Land?

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative – die Grünen, Zug | Illustrationen ARE, SBB und BULLETIN

14 **In den letzten Nummern hat sich das BULLETIN intensiv mit dem Ausbau der Bahninfrastruktur in unserer Region beschäftigt. Da vieles im Fluss ist und auch neue Erkenntnisse und neue Ideen auftauchen, liefern wir hier ein Update.**

Die beiden eidgenössischen Parlamente stehen vor weittragenden Infrastrukturentscheidungen. Nach der von diesen Parlamenten erzwungenen Verzichtsplanung ZEB I (Zukünftige Entwicklung der Bahnprojekte) hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Entwicklung der Bahninfrastruktur wesentlich mehr als ein paar Dutzend «Pflästerli» benötigt, die rund 5 Milliarden Franken kosten.

Viel Geld nötig

Bundesrat Leuenbergers Verkehrsministerium (UVEK) hat den Auftrag, unter dem Titel Bahn 2030 zwei verschiedene Varianten für den Ausbau der Bahninfrastruktur zu erarbeiten – eine für 12 und eine für 21 Milliarden Franken. Derzeit bekannt sind Ausbauwünsche im Umfang von 40 Milliarden Und noch völlig unklar ist, woher das Geld kommen soll für diese Ausbauten. Bekannt ist, dass der bestehende FinöV-Fonds dafür hinten und vorne nicht reichen wird. Eine Möglichkeit zeigt die vom VCS zusammen mit diversen Bündnispartnern lancierte und mit inzwischen bereits 150'000 Unterschriften schon zustande gekommene «Initiative für den öffentlichen Verkehr» (www.aufgleisen.ch) auf: Sie will von den zweckgebundenen Mineralölsteuern nur noch die Hälfte für die Strassen verwenden. Die andere Hälfte soll für «die Förderung des schienen- und strassengebundenen öffentlichen Personenverkehrs und für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene» eingesetzt werden. Damit stünden bis 2030 rund 11 bis 12 Milliarden zusätzlich zur Verfügung. Die Initiative kommt zum richtigen Zeitpunkt und dürfte nicht nur die Diskussion in den bei-

den Räten in Bern beeinflussen. Aufgrund der Erfahrungen beim Sammeln ist es nicht vermessen, der Initiative gute Chancen vor dem Volk zu geben.

Prioritäten setzen

So oder so wird Bahn 2030 die Prioritäten neu setzen müssen. Die beiden Belastungskarten auf Strasse und Schiene, welche den Zustand 2005 darstellen, liefern eine gute Grundlage für eine Diskussion der strategischen Prioritäten. Ein Blick genügt, um z.B. festzustellen, dass der Nord-Süd-Verkehr, der mit der NEAT seit 15 Jahren den Löwenanteil der verbauten Mittel beansprucht, zurückstecken muss. Die Musik spielt West-Ost, mit Abzweigern! Und es ist mindestens auf der Schiene ein Röstigraben sichtbar zwischen Bern und Lausanne.

Nicht möglichst viele und möglichst lange – und teure! – Tunnels sind gefragt, sondern Lösungen, welche sich auf die Umsteigepotentiale setzen und berücksichtigen, wo das zukünftige Wachstum stattfinden wird.

Junge Grüne Luzern für Tiefbahnhof

Etwas untergegangen in all den vielen Abstimmungen vom 7. März ist der Erfolg der Jungen Grünen in der Stadt Luzern. Ihre städtische Tiefbahnhof-Initiative wurde angenommen, wie auch der Gegenvorschlag des Stadtrates. Dieser sieht keine exklusive Zweckbindung für den Tiefbahnhof vor und ist zeitlich begrenzt. In der Stichfrage wurde ihm mit 51.4 % leider knapp der Vorzug gegeben. Klar ist damit aber, dass die Stadt den Tiefbahnhof mitfinanzieren wird, was dessen Chancen erhöht. Unterm Strich ein Erfolg!

Die regionale Diskussion ist auf diesem Hintergrund zu führen.

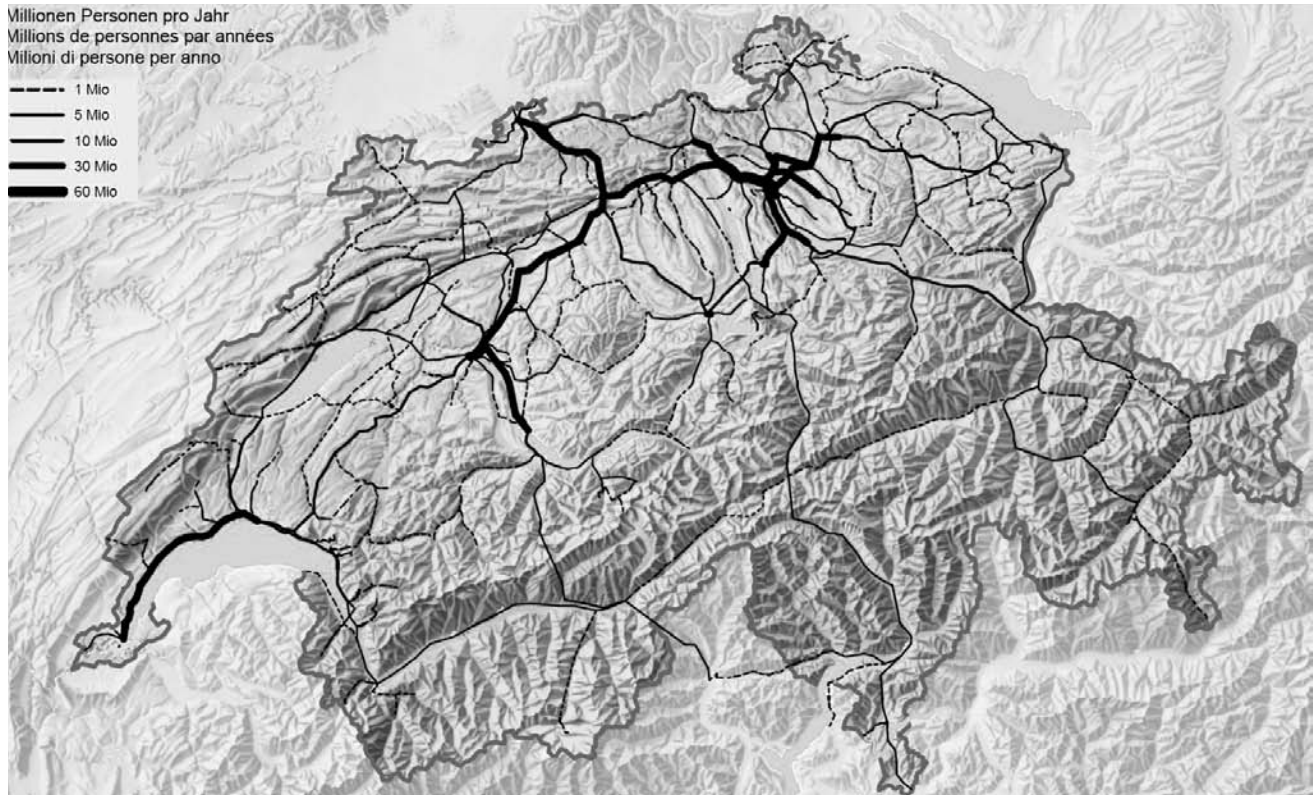
Zimmerberg light wird ein Muss

Es ist ganz wichtig, dass die Auseinandersetzung in Bern um Bahn 2030 nicht zu einem regionalpolitischen Geschacher wird, sondern sich eine Strategie durchsetzen wird, welche das Gesamtwohl zum Ziel hat. Dem wird sich auch die Zentralschweiz nicht entziehen können. Zwar ist es löblich, wenn die Zentralschweizer Kantone sich zum ersten Mal in der Geschichte auf einer gemeinsamen Forderung finden konnten. Aber das ändert nichts an unserer Einschätzung, dass Tiefbahnhof Luzern, Zimmerberg Basistunnel II und Axentunnel zusammen selbst in die Variante mit 21 Milliarden nicht hineinpassen werden. Dieses Fuder ist überladen! Und es ist auch nicht nötig. Es geht auch «light».

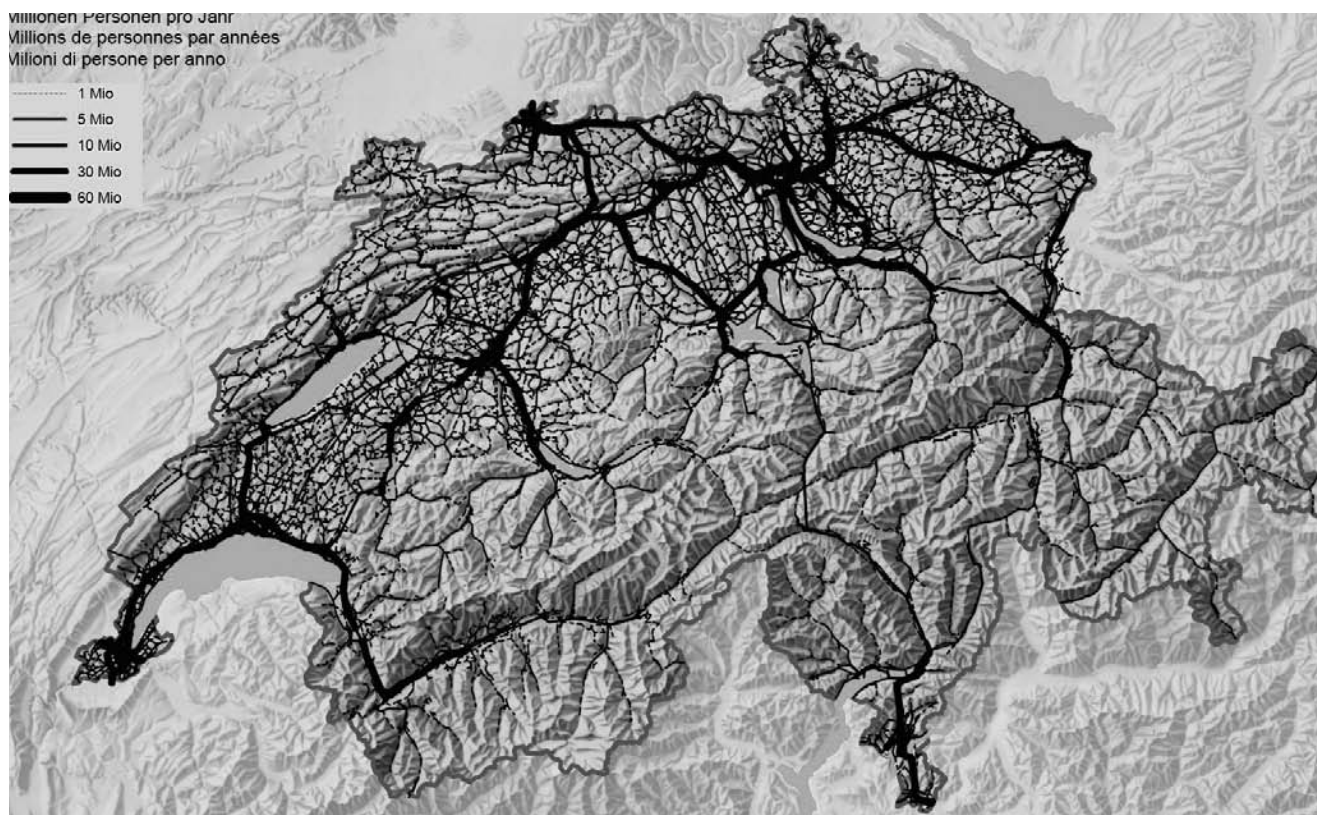
Zimmerberg light, wie er im letzten BULLETIN vorgestellt wurde, dürfte etwa halb so teuer sein wie der Basistunnel und bietet betriebliche Vorteile. Neu ist die Erkenntnis, dass der Fahrzeitgewinn des Basistunnels – das Hauptargument der Befürworter – auf der wichtigen Strecke Zug-Flughafen nur noch zwei Minuten beträgt. Das auf Seite 17 abgebildete Schema zeigt, dass der in Bau befindliche neue Durchgangsbahnhof Löwenstrasse vom Basistunnel gar nicht bedient werden kann. Nur die Seelinie führt in diesen Bahnhof. Es spricht nichts dagegen, dass dereinst Interregio zum Flughafen über diesen Bahnhof geführt werden, im Gegenteil.

Der Tiefbahnhof Luzern dürfte gesetzt sein, die Abstimmungsergebnisse im Kanton und kürzlich in der Stadt Luzern sprechen eine deutliche Sprache. Und der Kanton Luzern hat seine Bereitschaft zur Mitfinanzierung klar zum Ausdruck gebracht.

Der Axentunnel ist ein anderes Thema, das wir im nächsten BULLETIN näher behandeln werden.



Oben: Personenverkehr der Bahn im Jahr 2005
Unten: Personenverkehr der Strasse im Jahr 2005



16

So oder so dürfte es sinnvoll sein, die beiden Varianten Zimmerberg Basi-tunnel II und Zimmerberg light einer eingehenden Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen. Dies war nach unseren Informationen bisher nicht der Fall. Die vom Bundesrat 2003 verworfene, so genannte VCS-Variante sah noch eine – völlig unnötige – Umfahrung von Thalwil vor, welche diesen Vorschlag von vorneherein disqualifizierte.

Fast vergessen – der Unterhalt

Eine neue, zusätzliche Dimension, welche bisher immer «vergessen» wurde, ist kürzlich in das Bewusstsein gerückt worden: Der Unterhalt der Schieneninfrastruktur kostet! Intensivere Nutzung der Schiene verursacht Mehrkosten wegen höherem Verschleiss und immer kürzeren Zeitfenstern in der Nacht. Jeder neue Schienenkilometer kostet auch Unterhalt. Und Tunnels sind teurer im Unterhalt als offene Strecken. All das muss Bahn 2030 ebenfalls berücksichtigen.

Konkurrenz Personen- und Güterverkehr

Kommen wir schliesslich noch zum Tabuthema par excellence: der Konkurrenz zwischen dem Personen- und Güterverkehr bei der Nutzung der Schienen. Hinter den Kulissen läuft bei der Fahrplangestaltung das Gerangel um Time Slots schon längst, wie mir von einem Fachmann unlängst wieder bestätigt wurde. Die Zeitschrift von Pro Bahn, das «InfoForum» hat in seiner letzten Ausgabe (4/2009) dem Thema eine ausführliche und lesenswerte Analyse gewidmet (www.pro-bahn.ch) und einen interessanten Ansatz vorgestellt: die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Streckenteile ausschliesslich für den Güterverkehr. Auf jeden Fall gehört diese Problematik im Zusammenhang mit Bahn 2030 offen auf den Tisch!

Rasche Optimierungen sind möglich

Es ist unbestreitbar: Wenn die Bahn das Potential auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern nutzen will respektive verhindert werden soll, dass die neu eröffnete A4 durchs Säuliamt zusammen mit dem 6-Spur-Ausbau zwischen Rotkreuz und Blegi eine Verlagerung des Personenverkehrs von der Schiene auf die Strasse zur Folge hat, muss die Kapazität v.a. während der Stosszeiten baldmöglichst erhöht werden. Eine Motion mit genau diesem Ziel, die der Unterzeichnende zusammen mit Heini Schmid (CVP) und Thomas Lötscher (FDP) Ende Januar lanciert hat, wurde von 42 Kantonsrätinnen und Kantonsräten unterzeichnet und Ende Februar an die Regierung überwiesen. Wir rechnen angesichts der Unterschriftenzahl (eine Mehrheit des KR!) mit einer baldigen und vor allem positiven Beantwortung.

Motion für höhere Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich für ein Massnahmenbündel zugunsten eines raschen Ausbaus der Kapazitäten auf der SBB-Strecke Luzern-Zug-Zürich einzusetzen. Dazu unternimmt er insbesondere zwei Schritte:

- Initiierung (zusammen mit der SBB) der schnellen Realisierung der Doppelspur Freudenberg-Rotkreuz
- Initiierung der Perronverlängerungen in Rotkreuz und Baar im Verbund mit Verhandlungen mit der SBB für den Einsatz von langen Doppelstockkompositionen.

Begründung

Seit Jahren wird das Problem der in Stosszeiten zu knappen Sitzplatzkapazitäten auf der SBB-Strecke Luzern-Zug-Zürich thematisiert. Die durchgehende Doppelspur zwischen Zürich und Ebikon wird auch im allerbesten Fall nicht vor 2020 realisiert, es besteht das Risiko, dass es noch bis 2030 dauert. Die Realisierung des Tiefbahnhofes Luzern, welcher das Nadelöhr Rotsee/Gütsch beseitigen würde, ist ungewiss. Wir können nicht auf den Tag X warten, sondern müssen mit effizienten Teilausbauten das Angebot laufend ausbauen und Schwachstellen beseitigen.

Es bestehen nämlich durchaus realistische Möglichkeiten, die Problematik pragmatisch und rasch zu entschärfen. Dazu sind die zwei oben erwähnten Massnahmen angezeigt.

Dank der Möglichkeit, die Doppelspur zwischen Freudenberg und Rotkreuz vorzufinanzieren (Beschluss des Kantonsrates Ende Oktober 2009), kann deren Realisierung sofort an die Hand genommen werden. Dieser Streckenabschnitt ist Bestandteil des ZEB-Gesetzes.

Von der Schliessung dieser Lücke würde auch die Stadtbahnlinie S1 profitieren, indem die Fahrplanstabilität deutlich verbessert werden könnte.

Eine kostengünstige und ebenfalls rasch realisierbare Möglichkeit zur Erhöhung der Sitzplatzkapazität ist die Verlängerung der Zugskompositionen. Mit der Verlängerung der Perrons in Baar und Rotkreuz auf 420 Meter können die Doppelstockkompositionen bis auf 15 Wagen erweitert werden. Die nötigen Fahrzeuge dafür werden frei, sobald mit der Auslieferung der neuen Doppelstockzüge für die SBB begonnen wird – also ab 2013. Der Ausbau der Perrons ist mit der Bereitschaft der SBB zum Einsatz von längeren Zugskompositionen abzustimmen.

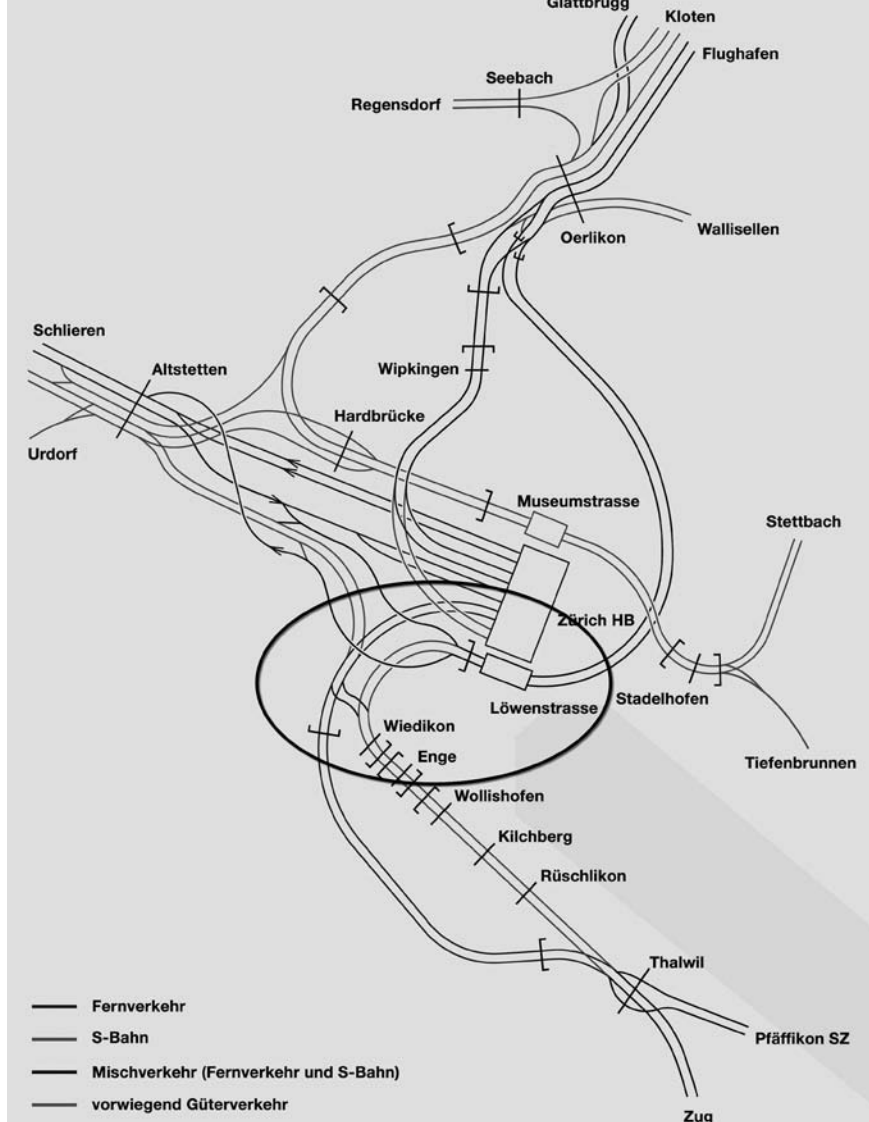
TGV zwischen Zürich und Bern?

Hans Bosshard, der Doyen der Schweizer Bahnexperten, hat eine spannende Idee lanciert: Noch rechtzeitig zum Start der dringend nötigen breiten Diskussion von Bahn 2030 schlägt «bd» in der NZZ am Sonntag vom 14.3.2010 eine TGV-Neubaustrecke zwischen Zürich und Bern vor. Bahn 2030 sollte gemäss seinen Ausführungen nicht nur Kapazitätsgewinne bringen, sondern auf der Hauptarterie des schweizerischen Bahnnetzes auch einen substantiellen Zeitgewinn ermöglichen – nämlich Bern-Zürich in weniger als einer halben Stunde gegenüber einer Stunde heute. Dieser Zeitgewinn strahlt auf alle Verbindungen aus, welche diesen Abschnitt benutzen, also z.B. auch Zug-Bern via Zürich neu in einer Stunde.

Die beiden Belastungskarten auf Seite 15 zeigen deutlich, dass das Umsteigepotential auf diesem Strang ganz erheblich ist. Klar ist allerdings auch, dass ein solcher Neubau nur finanzierbar ist, wenn andernorts gespart respektive optimiert wird und nicht nur Bern und Zürich profitieren.

Bosshard macht denn auch Vorschläge, bei welchen Projekten dank betrieblichen Einsparungen und anderweitigen Optimierungen ohne Abstriche an notwendigen Kapazitätserhöhungen gespart werden kann – darunter auch Zimmerberg light.

Wir werden im nächsten BULLETIN ausführlich auf die von Hans Bosshard aufgeworfenen Themen eingehen. ■



17

Der Zimmerberg Basistunnel führt nur in den Hauptbahnhof, wie der eingekreiste Bereich in diesem Plan der SBB deutlich zeigt. Der neue Durchmesserbahnhof Löwenstrasse wird von Süden (d.h. also auch von Zug) her nur mit der Seelinie bedient. Ein zusätzliches Argument für Zimmerberg light. Gut sichtbar ist auch das zweisepurige Nadelöhr beim Nordkopf des Bahnhofs Thalwil. Hier hätte ZEB I mit einem dritten Gleis Abhilfe schaffen sollen – nun wird aber gespart und nur die Zugreihenfolge auf diesem Abschnitt verkürzt.

Für Gesprächsstoff gesorgt hat das Titelbild der letzten Nummer – welchen Streckenabschnitt zeigt das Bild?

Die perfekt komponierte Aufnahme unserer neuen Fotografin Paula Gisler zeigt tatsächlich die Strecke zwischen Baar und Littli! Aufnahmestandort ist in der Nähe des Tunnelleingangs Richtung Baar.



Ein roter Kanton

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative Grüne Fraktion | Bild Internet

18

Ein roter Kanton – zumindest finanziell. Denn der Kanton Zug rutscht in die roten Zahlen. Absichtlich! Einerseits sollen Reiche und Bestverdienende auf Teufel komm raus entlastet werden. Andererseits braucht es ja Argumente fürs Sparen. Die Anträge der Alternativen für mehr Geld zur Wohnraumvergünstigung, zur Prämienverbilligung oder für die Schule wurden abgelehnt.

Das Kantonsbudget sieht für 2010 ein Defizit von 33,8 Millionen Franken vor. Für 2011 bis 2013 prognostiziert der Finanzdirektor Defizite von 57,9 bis 109,9 Millionen Franken. Die Ursachen? Steuergeschenke für Reiche und gewinnstarke Firmen, die NFA-Kosten, die Wirtschaftskrise.

Steuergeschenke für Reiche

Die AGF hat die letzten drei Revisionen im 2006, 2008 und 2009 bekämpft. Aktionäre, Kapitalgesellschaften, Vermögende, Grossunternehmer und Firmen mit hohen Gewinnen waren die Hauptprofiteure. Insgesamt wurden diese Steuerzahler um über 100 Millionen Franken entlastet – jährlich! Diese Senkungen waren weder wirtschaftspolitisch nötig noch finanzpolitisch sinnvoll. Zug wäre auch ohne diese Geschenke aufgrund anderer wichtiger und guter Standortfaktoren attraktiv geblieben. Das verfügbare Einkommen der meisten Zugerinnen und Zuger wurde durch diese Steuergeschenke keineswegs erhöht, wie Regierung und Bürgerliche behaupten. Viele Wenig- und Normalverdienende zahlten vorher wie nachher wenig bis keine Steuern. Sie konnten schlicht nicht entlastet werden. Der Mittelstand wird durch Steuersenkungen nur scheinbar und kurzfristig entlastet. Die CS-Studie von letztem Jahr besagt, dass das Leben in Steueroasen wie Zug, Schwyz und Nidwalden seit 2006 immer teurer wird. Gemäss CS bleibt Familien des oberen Mittelstandes in Zug nach Abzug aller Fixkosten schweizweit am drittwenigsten im Portemonnaie. Bei Wenigverdienenden wird es noch schlechter aussehen, sind sie doch von den hohen Wohn- und Lebenskosten noch stärker betroffen.

Die NFA-Kosten

FDP, CVP und SVP wollen, dass Zug wächst und wächst und wächst. Jeder Zuzug von reichen Personen, gewinnstarken Firmen steigert das Ressourcenpotenzial des Kantons. Nun wird aber die Höhe von Zugs NFA-Beteiligung nicht aufgrund der Steuereinnahmen oder der Staatsrechnung bestimmt, sondern aufgrund eben dieses Ressourcenpotenzials. Stossend ist, dass genau die von der bürgerlichen Steuerpolitik angelockten Steuerzahler, die uns dieses hohe Ressourcenpotenzial und somit die steigenden NFA-Kosten beschere, gemessen an ihrem Leistungsvermögen immer weniger Steuern zahlen. Die Alternativen – die Grünen fordern darum weiterhin, dass die Verursacher der NFA-Kosten diese durch genügend hohe Steuern auch zahlen. In den Medien lamentierte der Finanzdirektor, dass andere Kantone, wie zum Beispiel Luzern, die Steuern massiv senken. So erscheint er wie der Zauberlehrling in Goethes Ballade: «Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los.» CVP, SVP und FDP in diesen Kantonen imitieren die Steuerpolitik von CVP, SVP und FDP im Kanton Zug. Dahinter verbirgt sich dasselbe Staats- und Wirtschaftsverständnis. Erstaunlich ist, dass der Finanzdirektor nun Beschränkungen im Steuerwettbewerb fordert. Wenns Zug nützt, keine Eingriffe in die Steuerhoheit – wenns Zug angeblich schadet, soll der Bund eingreifen. Letztlich fordert er so nichts anderes als eine nationale Steuerharmonisierung! Uns Alternativen solls recht sein.

Die Wirtschaftskrise

Auch Zug ist mit betroffen. Eine neoliberale Wirtschaftspolitik liess Finanzinstituten und dem Markt zu viel Freiraum. Mit den bekannten Folgen und mit einem Staat, der mit Steuergeldern den Fehlerverursachern Finanzspritzen verpasst. Banken und Manager entziehen sich der Verantwortung und die Bevölkerung zahlt. Doch statt Einsicht zu zeigen, folgen Manager und zumindest CVP, SVP und FDP in Zug blind ihrer Ideologie von Sparen und Steuern senken. Drei Ursachen – Steuergeschenke, NFA-Kosten, Wirtschaftskrise. Drei Verursacher – bürgerliche Wirtschaftspolitik, bürgerliche Wirtschaftspolitik, bürgerliche Wirtschaftspolitik.

Kein Geld für Bevölkerung

Es wird bereits gespart. Der Kantonsrat sprach im Februar Geld zur Vergünstigung von Wohnraum. Leider hat er die massvollen Anträge der AGF auf eine Verdoppelung abgelehnt. Und so stehen jährlich nicht mal 4 Millionen zu Verfügung – viel zu wenig angesichts des dringendsten Problems in Zug. Auch hat der Kantonsrat bei der Budgetdebatte die alternativen Anträge zu einer stärkeren Verbilligung der Krankenkassenprämien abgelehnt. Zudem will der Kanton nun Kinder mit Behinderungen – wenn sinnvoll – in den regulären Unterricht integrieren: Um die Lehrpersonen genügend zu entlasten fehlen jedoch die finanziellen Mittel!

Leider hat auch die Stadt Zug eine Steuerfussenkung von 70 auf 60 Prozent beschlossen. Im Sinne einer nachhaltigen Gesellschafts- und Wirtschaftsförderung wäre mit dem angeblichen «Steuerüberschuss» gescheitert in Familien, Schulen, Gesundheit, Umwelt, öffentlichen Verkehr und die Sicherstellung von zahlbarem Wohnraum investiert worden. Nun wird z.B. aus dem Roost kein günstiges, sondern teures Wohnen!



Leere Hosentaschen bei der Zuger Bevölkerung: Wohin ist bloss der Steuerüberschuss verschwunden?

Green New Deal auch für Zug

Es kann nicht sein, dass die Zuger Bevölkerung für masslose Steuerergeschenke an Reiche nun mit schlechterem oder teurerem Service public büsst. Damit das Leben in Zug zahlbar und lebenswert für alle bleibt, braucht es eine alternative, nachhaltige Wirtschaftspolitik, wie es die Grünen Schweiz im Positionspapier zum Green New Deal festhalten. Investitionen in eine ökologische Wirtschaft schaffen Tausende von Arbeitsplätzen, sichern die Wettbewerbsfähigkeit von in der Schweiz ansässigen Betrieben und leisten einen Beitrag für globale Fairness. Das Positionspapier finden Sie übrigens auf dem Internet unter <http://www.gruene.ch/web/gruene/de/positionen/wirtschaft.html>. ■

Handlanger von Glencore

Zug macht sich mit seiner Politik abhängig von fragwürdigen Firmen wie der Baarer Glencore. Mit einem Jahresumsatz von 150 Milliarden Franken ist Glencore die grösste Firma der Schweiz – im Kanton wohl auch der wichtigste Steuerzahler. Doch zahlt sie aufgrund der Zuger Tiefststeuerepolitik im Verhältnis zu ihrem Gewinn lächerlich wenig Steuern. Glencore – einst von Marc Rich gegründet – hat 2008 den «Public Eye on Davos»-Schmähpreis für das unanständigste Unternehmen erhalten, da es als Minenbetreiber in Kolumbien ArbeiterInnen, AnwohnerInnen und Umwelt ausbeutet. Zudem zahlte der Rohstoffkonzern Schmiergelder an Saddam Hussein, um trotz UNO-Embargo mit irakischem Öl Millionengewinne zu erzielen. Ihr Chef Willi Strothotte verfügt über ein Vermögen von 3 bis 4 Milliarden Franken.

Aber: Die wenigen Zahlen, welche die geheimniskrämerische Glencore als nicht börsenkotierte Firma bekannt gibt, weisen darauf hin, dass im ersten Halbjahr 2009 der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr beinahe um die Hälfte eingebrochen ist. Standard & Poors hat das Rating von Glencore auf BBB- zurückgestuft, nicht mehr weit vom Junk-Status entfernt. Die Geldgeber sorgen sich um ihr geliehenes Geld. Wird die Glencore zum Klumpenrisiko?

Übergabe des Public Eye Award an Glencore durch den Mundart-Rapper Greis.



Abzockerei gefährdet Demokratie

Josef Lang, Nationalrat Alternative – die Grünen Zug

20

Die Abzockerei ist nicht nur ein sozialer Skandal. Sie untergräbt auch die Demokratie. Das war die Grundthese von Jo Lang in seiner Rede im Nationalrat anlässlich der Debatte zur Minder-Initiative. Im Folgenden geben wir sie wieder.

«Sehr geehrter Herr Heer, Sie werfen uns Linken vor, auf einen fahrenden Zug aufgesprungen zu sein. Sie aber versuchen, den Zug zum Entgleisen zu bringen. Sehr geehrter Herr Stamm, Ihr Verfassungs-Purismus in Ehren. Ihre Argumente sprechen für die Einführung einer Gesetzes-Initiative. Gottfried Keller hat mal gesagt, unsere Verfassung sei hässlicher als die anderer Staaten. Das komme davon, dass sie ein Werk der Bürgerinnen und Bürger ist.

Aufstand gegen Lohngefälle

Die Abzocker-Initiative und das, was sie symbolisiert und verkörpert, ist ein Aufstand gegen das massiv gewachsene Lohngefälle in unserem Land. Das überdeutliche Nein zum Rentenklau ist ein Teil dieses Aufstandes. Die Tatsache, dass die Abzockerei im Krisenjahr 2009 frisch-fröhlich weiterging, hat den Unmut zusätzlich angeheizt. So verdiente

Daniel Vasella letztes Jahr 42 Millionen Franken. Der Novartis-Boss verdient mit seinen 42 Millionen Franken gleich viel wie 600 Durchschnittsverdienende. Und mehr als 660 berufstätige Frauen. Man mag nun einwenden, Vasella habe eine überdurchschnittliche Ausbildung, Arbeits- und Verantwortungslast. Vergleichen wir also sein Einkommen mit dem von Kaderleuten! Vasella verdient immer noch 440 mal mehr als ein gutes, arbeitssames, verantwortungsbewusstes Kadermitglied der Schweizer Wirtschaft. Ist Vasellas Einzelleistung grösser als die von 660 ebenfalls hart arbeitenden Frauen? Ist Vasella mehr wert als 440 Kaderangestellte? Nebenbei: Vasella verdient das 99fache eines Bundesrats. Trägt er 98mal mehr Verantwortung?

Normative Kraft des Faktischen

Solche gigantischen Unterschiede sind nicht nur ein sozialer Skandal.

Sie bedeuten zusätzlich eine Gefahr für das Fundament der Demokratie. Sehr geehrter Herr Flury, Sie werfen der Abzocker-Initiative vor, eine «egalitäre Politik» zu verfolgen. Aber die Egalité ist eine liberale Erfindung. Die moderne, liberale Demokratie baut auf dem Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Bürger und – seit ein paar Jahrzehnten – auch Bürgerinnen.

Wenn aber die Lohn-Verdienste der Bürgerinnen und Bürger eines Landes in einem derartigen Missverhältnis stehen, dann untergräbt das den Grundsatz der Gleichwertigkeit dieser Bürgerinnen und Bürger. In der Rechtsphilosophie nennt man das die normative Kraft des Faktischen. Das Faktum extremer materieller Ungleichwertigkeit untergräbt die Norm der formalen Gleichwertigkeit. Die Abzockerei ist also auch eine Gefahr für die Demokratie.

Rückkehr der Aristokratie

An einer bewegenden Aktionärsversammlung der Novartis hat ein kritischer Kleinaktionär genau auf das hingewiesen. Er sagte, die Vasella-Millionen passen nicht in eine Demokratie. Und er warnte vor einer Rückkehr der Aristokratie, also der formalen Ungleichheit, in der Schweiz. Ich bitte Sie also, der Volksinitiative «Gegen die Abzockerei» aus Gründen der Aktionärs-Demokratie wie auch aus Gründen der allgemeinen Demokratie zuzustimmen.» ■

Disput gegen SVP und FDP

Lang ging in seinem Votum auf drei Vorredner ein. Der Zürcher SVP-Vertreter Alfred Heer hatte der Linken vorgeworfen, bloss «auf einen fahrenden Zug» gesprungen zu sein. Er war frustriert, weil die SVP im Versuch, eine Volksabstimmung zu verhindern gescheitert war. Der Aargauer SVPlers Luzi Stamm betonte, dass ein solch detaillierter Initiativ-Text nicht in eine Verfassung gehöre. Ausgerechnet ein Rechtspopulist macht sich Sorgen um die Schönheit der Verfassung! Und der Solothurner Kurt Flury (FDP) hatte der Initiative vorgeworfen, eine «egalitäre Politik» zu verfolgen. Wie wenn «Liberté, Egalité, Fraternité» eine sozialistische Erfindung wäre.



Linke gegen Sprachzwang

Josef Lang, Nationalrat Alternative – die Grünen Zug

Die Linke stimmte für Sprachförderung und gegen Sprachzwang, die Rechte genau umgekehrt.

Auf Vorschlag der SVP fand am 3. März eine Sonderdebatte zu Migrationsfragen statt. Eines der Themen war die Sprachenfrage. Dabei standen sich zwei Vorschläge gegenüber. Lukas Reimann, einer der Hauptpromotoren des Minarett-Verbots, hatte am 11. März 2008 die Motion «Niederlassungsbewilligung nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen» eingereicht. Dabei hatte er für «Fachkräfte und Manager mit Englischkenntnissen Ausnahmeregelungen vorgesehen». Ich stellte deshalb dem Sankt Galler SVP-Vertreter die Frage: «Zwang für den türkischen Bauarbeiter, kein Zwang für den amerikanischen Manager, grenzt das nicht an Apartheid?»

Reimann gegen Daguet

Eine Woche nach Reimann, am 19. März 2008, hatte der Sozialdemokrat und Unia-Sekretär André Daguet einen Gegenvorschlag eingereicht. Seine Motion trug den Titel: «Sprachliche Integration von Migranten und Migrantinnen mittels Bildungsgutscheinen und Zeitkredit». In der Begründung schrieb Daguet: «Indem der Bundesrat Bildungsgutscheine und Zeitkredite von 500 Kursstunden einführt, schafft er damit nicht nur einen Anstoss, sondern auch die Voraussetzung zum Erwerb der Lokalsprache.» Um die Arbeitgeber «im Sinne eines Anreizsystems» zu entlasten, sollen dabei auch die bestehenden «paritätischen Bildungsfonds oder Branchenfonds genutzt werden». Der Bundesrat lehnte beide Motionen ab.

Beim Sprachzwang wies er darauf hin, dass Personen, die unter die Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU oder der Efta fallen, also die grosse Mehrheit der Betroffenen, gar nicht zum Erlernen einer Landessprache verpflichtet werden können. Bei der Sprachförderung betonte er all die laufenden und geplanten Projekte.

SVP geschlossen für Zwang

Der SP-Vorschlag wurde mit 67 zu 120 Stimmen abgelehnt. Alle Grünen und mit einer Ausnahme alle Sozialdemokrat/innen stimmten für die Sprachförderung. Zusätzlich erhielt Daguet noch 8 Stimmen vom sozialen Flügel der CVP. Interessant ist, dass die gleichen CVP-Mitglieder, welche die Sprachförderung unterstützten, den Sprachzwang ablehnten. Damit verhielten sie sich gleich wie die Linke. Diese stimmte geschlossen gegen die Motion Reimann. Diese kam trotzdem mit 100 zu 80 Stimmen durch, weil die SVP völlig und die FDP praktisch geschlossen für den Sprachzwang gestimmt hatten. Die CVP-Mehrheit, auch Gerhard Pfister, stimmte mit der Linken dagegen. Die

Folge der beiden Abstimmungserfolge der Rechten ist eine doppelte: Wegen den Freizügigkeitsabkommen, die der Mehrheit der Betroffenen das Recht auf Niederlassung unabhängig von den Sprachkenntnissen garantiert, und wegen den Ausnahmen für die das Englisch beherrschenden Wirtschaftskader kann nur eine relativ kleine Minderheit gezwungen werden. Das bedeutet eine Diskriminierung von Menschen, die vorwiegend aus der Dritten Welt stammen. Und: Wenn der Zwang angenommen und die Förderung abgelehnt wird, sind die Folgen schikanös.■

21



Zwang und Verpflichtung

Am 9. März diskutierte der Nationalrat über eine Minirevision des Militärgesetzes. Der umstrittenste Punkt war der Zwang zum Weitermachen. Unter Führung des Luzerner Sozialdemokraten Hans Widmer forderte die rotgrüne Minderheit der Sicherheitspolitischen Kommission dessen Abschaffung. Verteidigungsminister Ueli Maurer stritt ab, dass es einen solchen Zwang überhaupt gäbe: «Sie haben vom Zwang gesprochen, vom Zwang zum Weitermachen. Im Gesetz steht aber nichts von Zwang, sondern von der Verpflichtung zum Grad.» Ähnliche Wortklaubereien kennen wir aus der Diskussion um den Sprachzwang. Übrigens verloren die SP und die Grünen mit 60 zu 115 Stimmen. Auch die bürgerlichen Mitglieder der «IG Freiheit» stimmten für den Zwang zum Weitermachen.

Das verlorene Land

Philippe Koch, Redaktor BULLETIN | Bild msnbc.msn.com

22

Das Erdbeben Anfang Januar hat Haiti schlagartig ins Bewusstsein der Weltbevölkerung gerückt. Die Medien zeichneten ein skurriles Bild von Haiti als ein Land voller Gewalt, Elend und rückständigen, magisch-religiösen Traditionen. Tatsächlich: Haiti ist das ärmste Land der westlichen Hemisphäre. Der Frage, wie die Armut in die einst einträglichste Kolonie der Welt gelangte, wurde jedoch kaum nachgegangen.

Während die Französische Revolution 1789 die sozialen Strukturen und die politischen Herrscher Europas erzittern liess, gingen die Sklaven Haitis noch einen Schritt weiter. Sie forderten das emanzipatorische Versprechen nicht nur für die weissen Europäer, sondern auch für sich selber ein. Die Auflösung der Sklavenherrschaft durch die Sklaven selbst im Jahre 1804 war ein Skandal für die weissen Kolonialherren und womöglich der subversivste Akt in der modernen Geschichte. Von den drei grossen Revolutionen am Ende des 18. Jahrhunderts – in Amerika, in Frankreich und in Haiti – verwirklichte nur die letzte die Prinzipien, die alle drei antrieben, ohne Einschränkung: Anerkennung der natürlichen und unveräusserlichen Rechte aller Menschen. Der Kern und Motor des imperialen Wirtschaftssystems – die Ausbeutung von Sklaven – wurde damit angegriffen, der scheinbar natürlichen Vorherrschaft des weissen Mannes ein schwerer und, wie sich zeigen sollte, unverzeihlicher Schlag versetzt.

Der Preis der Freiheit

Haitis Geschichte nach der Revolution war eine Abfolge von Versuchen, die alte koloniale Ordnung wieder herzustellen. Militärische und ökonomische Massnahmen gingen dabei stets Hand in Hand. Knapp zwanzig Jahre nach der Befreiung forderte Frankreich eine finanzielle Kompensation für den Verlust ihrer Sklaven. Der Preis der Freiheit war hoch. Erst 1947 war Haiti in der Lage, die letzte Rate an die ehemalige Kolonialmacht zu überweisen. Doch die erkämpfte und bezahlte Freiheit war nur eine vermeintliche. Spätestens seit der Besetzung (1915-1934) war Haiti vollends dem Einfluss Amerikas ausgeliefert. Die anti-kommunistische Diktatur der Duvaliers (zuerst ab 1957 Francois «Papa Doc» und nachher ab 1971 sein Sohn Jean-Claude «Baby Doc») festigte die groteske soziale Ungleichheit innerhalb des Landes und dessen Abhängigkeit vom Ausland. Die politischen Gegner wurden systematisch ausgeschaltet, Gewerkschaften verboten, Minimallöhne gesenkt, Hür-

den für ausländische Investitionen aufgehoben und der öffentliche Sektor privatisiert. Die neoliberale Politik höhnte die hiesige Wirtschaft Schritt für Schritt aus. Als Folge davon sank das jährliche Bruttoinlandprodukt pro Person von 750 Dollar in den 1960er Jahren auf unter 500 Dollar Ende der 1990er Jahre.

Flüchtige Hoffnung

Die ersten freien und fairen Wahlen 1990 endeten mit einem Triumph für die arme Bevölkerung Haitis. Mit knapp 70 Prozent der Stimmen wurde der Befreiungstheologe Jean-Bertrand Aristide, getragen von unzähligen Basisbewegungen, zum neuen Präsidenten gewählt. Doch die Hoffnung des Volkes währte nur für kurze Zeit. Nach weniger als einem Jahr im Amt wurde Aristide mit Billigung der Administration Bush vom Militär gestürzt. Amerika war nicht gewillt, eine Demokratie, welche die Wirtschaftsordnung gefährden könnte, zu tolerieren. So musste Haiti in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich seine Handelshemmnisse weiter senken. Gemäss IWF ist Haitis Wirtschaft nun viermal offener als diejenige Amerikas. Gleichzeitig hat sich der tägliche Durchschnittslohn von knapp 4 Dollar auf weniger als 2 Dollar halbiert. Es ist nicht der Voodoo, der die Menschen lähmt, obwohl dies manche Journalisten hartnäckig behaupten. Es sind die Ausbeutung, die Schutzlosigkeit, die zerstörten Hoffnungen, die das Elend der Menschen ausmachen. Die Bilder von Haiti nach dem Erdbeben sind erschreckend. Erschreckend ist aber auch, mit welcher heuchlerischen Geste westliche Demokratien ihre Hilfsexpeditionen nach Haiti entsandt haben (*Buchtipps: Peter Hallward, Damming the Flood: Haiti, Aristide and the Politics of Containment, verso, 2008*).■



Wenn Hilfe aussieht wie eine militärische Invasion

Haben die Soldaten bald ausgedient?

Jonas Feldmann, Redaktor BULLETIN

Soll die Schweizer Armee in ihrer heutigen Form weiter bestehen? Nein, meinen die Jungen Grünen. Einzig ein ziviler Gesellschaftsdienst könne die humanitäre und neutrale Tradition der Schweiz fortsetzen. Ich, als bald Volljähriger, muss mich zwischenzeitlich mit einer wichtigen Frage auseinandersetzen: Zivildienst oder Militär?

Eines Tages ist es für jeden Schweizer so weit. Ich erinnere mich noch ganz genau, als ich zum ersten Mal Post von der Schweizer Armee bekam. Ein dickes Couvert, fein säuberlich adressiert und (natürlich) mit einem kleinen Schweizerkreuz versehen. Das Büchlein, das sich darin befand, habe ich sofort durchgeackert. Lauter spannende Sachen standen da drin. Zum Beispiel, was man im Militär alles erleben kann, welche Vorteile man aus der Ausbildung zum Soldaten zieht und nicht zuletzt auch welche Muskeln man gefälligst trainieren sollte, um dann auch den Anforderungen der besten Armee der Welt gerecht zu werden. Die einzige Information, welche für mich von Relevanz war (und nach der ich eigentlich die ganze Zeit gesucht hatte), war das Mikrokapitelchen zum Thema Zivildienst.

Die Frage nach dem Sinn

Ausschlaggebend für meine Entscheidung, nicht die RS, sondern den Zivildienst zu besuchen, war die Frage nach dem Sinn: Macht es Sinn, im Dreck herumzukriechen, auf Zielscheiben zu schießen und zu lernen, wie man sein Bettlaken zu falten hat? Oder wäre es vielleicht doch sinnvoller, wenn ich als Zivildienstleistender in der Pflege, im Forstwesen oder bei Greenpeace mithelfen würde? Ich glaube, sie wissen die Antwort.

Wir Junge Alternative aus Zug sind überzeugt, dass die Armee in der heutigen Form ausgedient hat. Dieser Gedanke ist zwar nicht neu, doch lohnt es sich, ihn immer wieder auszusprechen. Und auch wenn entsprechende GSoA-Initiativen Mal für Mal abgelehnt werden, es lohnt sich, sie vors Volk zu bringen und damit die Armee-

Diskussion neu zu lancieren.

Kritik von rechts

In den letzten Wochen kritisierten auch bürgerliche Militaristen die heutigen Zustände. Sie forderten allerdings eine Verschärfung der Regeln, namentlich die Wiedereinführung der Gewissensprüfung für Zivildienstwärter. Schliesslich habe es im letzten Jahr viel zu viele Zivildienstgesuche gegeben und schlussendlich 7000 «Zivis» mehr als man erwartet hatte! In meinen Augen ist das eine sehr positive Entwicklung. Der Zivildienst dauert schon heute eineinhalbmal länger als die RS. Aus purer Bequemlichkeit wird also niemand den Zivildienst der Armee vorziehen. Die grosse Zunahme an Zivildienstgesuchen bestätigt in meinen Augen bloss, dass die Armee nicht mehr so beliebt, geschätzt und geachtet ist, wie sie es einmal war. Vielleicht wäre es Zeit, die Armeeabschaffungs-Initiative neu zu lancieren?

Wehrpflicht abschaffen?

Eine Initiative wird laut diversen Schweizer Medien auf jeden Fall lanciert, wenn sie auch nicht die vollständige Abschaffung der Armee bezweckt. Vorerst gäbe sich die GSoA mit der Abschaffung der Wehrpflicht zufrieden. Die Jungen Grünen Schweiz begrüssen diese Initiative und schlagen als Ersatz einen freiwilligen, zivilen Gesellschaftsdienst vor. «Damit könnte ein neues und effizientes System der Freiwilligenarbeit aufgebaut werden, von welchem Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft profitieren», heisst es in einer offiziellen Mitteilung. Die Idee, anstelle einer veralteten und ineffizienten Armee einen zivilen Friedens- Umwelt- oder Sozi-

aldienst, welchen alle in der Schweiz lebenden Personen freiwillig leisten können, einzuführen, überzeugt mich. Dies wäre ein grosser Beitrag zum Wohl unseres Landes, den ich nur zu gerne leisten würde.

Humanitäre Tradition fortsetzen

Ein solcher ziviler Gesellschaftsdienst könnte dann dereinst auch im Ausland eingesetzt werden. Dieser soll (unbewaffnet) in Krisengebieten zum Einsatz kommen und humanitäre Aufbauarbeit und Nothilfe leisten. Gleichzeitig sei die Schweiz verpflichtet, ihre Position für verstärkte Friedensdiplomatie und Vermittlung zu stärken und zu nutzen. «Mit einer gut ausgebildeten Katastropheneinsatzgruppe kann die Schweiz ihre Verantwortung im Ausland wahrnehmen und ihre humanitäre Tradition fortsetzen», so Mirjam Ballmer, Vorstand Junge Grüne und Grossrätin BS. Ich kann ihr nur Recht geben. Die Ära Bush ist vorbei. Wir sollten definitiv damit aufhören, Gewalt mit Gewalt zu bekämpfen. Oder würden Sie etwa versuchen, einen Brand mit Feuer zu löschen? ■



FDP – ein Fall für den Psychotherapeuten

Grünspecht – ein kritischer Vogel

24

Seit der Finanzkrise, seit dem Schlamassel rund um die UBS, seit der Abzocker- und der Boni-Diskussion, seit dem nationalen und vor allem dem internationalen Druck auf das Schweizer «Steuerhinterziehungs-Geheimnis» ist die selbsternannte Wirtschafts- und Finanzpartei FDP arg ins Trudeln geraten. So arg, dass kürzlich die NZZ am Sonntag den Freisinnigen sogar eine Psychotherapie ans Herz legte.

Wenn der Grünspecht aus seinem Wald hinaus auf die umliegende Wiese schaut, dann bietet sich ihm manchmal folgendes Bild: Hasen rennen ziellos und ängstlich umher, während oben am Himmel schon der Raubvogel kreist, die Beute fest im Blick. Das Bild trifft voll auf die drei bürgerlichen Parteien in der Schweiz zu – CVP und FDP sind die Hasen, die SVP ist der Raubvogel. Die SVP diktiert die Themen, sagt was richtig «bürgerlich» ist und treibt die beiden anderen Parteien vor sich her. Die CVP springt auf den rechten Zug auf (Diskussion um muslimische und jüdische Grabfelder) und verliert dabei die christliche Orientierung. Die FDP (und ihr widmet sich der Grünspecht in den nächsten Zeilen besonders) hat kaum mehr klare Positionen und schon gar keine neuen Ideen. Kürzlich endete dies in einem wahren Krach innerhalb der Bundeshausfraktion, samt angedrohten Parteiausschlüssen.

Fiala gegen Merkel

Das Highlight der Chaostruppe FDP ist die Zürcher Nationalrätin Doris Fiala, das Sprachrohr der Abzocker und Boni-Ritter, welche Deutschland und Bundeskanzlerin Angela Merkel vor den Richter zeren will, wegen der Bankdaten-CD. Ein hilfloser Rettungsversuch in einer Zeit, in der immer weniger Menschen in der Schweiz Verständnis für Steuerhinterzieher aufbringen. Fiala ist übrigens jene FDP-Frau, die schon gegen den Umweltschutz (Abschaffung der Verbandbeschwerde) in den Krieg gezogen ist.

Es lohnt sich ein Blick auf die Realitäten: Tausende von Reichen und Su-

perreichen haben in den letzten Jahrzehnten Millionen und Millionen von Euros/Dollars jährlich in die Schweiz verschoben. Sie haben in ihren Heimatländern diese Vermögen und Erträge nicht angegeben, sie haben Steuern hinterzogen mit Hilfe von Schweizer Bankern und Vermögensverwaltern. Und mit Hilfe des Bankgeheimnisses, das eben vor allem dazu da ist, die schwerreichen Steuerhinterzieher aller Länder zu schützen.

Der St. Galler Privatbankier Konrad Hummler hat diese Haltung in der Sonntagszeitung (7. März) so ausgedrückt: «Wir Schweizer Bankiers haben keinerlei Verpflichtung, den Steuerstatus unserer Kunden zu überprüfen.» Kurz, wir waschen unsere Hände in Unschuld und nehmen jedes Geld. Mit dieser Strategie sind die Schweizer Top-Banker daran, den Finanzplatz Schweiz, in dem Tausende von Bankangestellten übrigens einen sauberen und ehrlichen Job machen, an die Wand zu fahren. In den letzten Tagen ist die FDP-Spitze nun umgeschwenkt, nachdem sie während Jahren die Banker und deren Verhalten gedeckt hatte; sie redet auf einmal von einer «Weissgeld»-Strategie und von der Unterscheidung zwischen schwerer und leichter Steuerhinterziehung. Eine verwirrende Alibi-Übung, denn im Volk gib es diese Unterscheidung nicht – «Bschesch esch Bschesch».

Überheblich und selbstgerecht

Die NZZ am Sonntag (21. Februar) hat die derzeitige Politik der FDP vernichtend kommentiert: «Wäre die FDP ein Mensch aus Fleisch und Blut, man würde ihr vermutlich eine



Psychotherapie verordnen. Selten zeigte sich eine Bundesratspartei so orientierungslos. ...Was die FDP am Aufbruch hindert, ist die Uneinsichtigkeit punkto eigener Unzulänglichkeit – mit anderen Worten: Der selbstgerechte Reflex.»

Ein wunderschönes Beispiel für die Richtigkeit dieser Analyse hat kürzlich FDP-Kantonsrat Rudolf Balsiger abgeliefert, in einem Leserbrief zur Revision des Wahlgesetzes (Neue Zürcher Zeitung vom 26. Februar). Darin ordnet der Rechtsausser aus Oberwil die neue Grünliberale Partei als zum linken Spektrum gehörig ein, mit einem einengenden, sozialistischen Funktionsdenken. Die einzig wahre liberale Partei sei die FDP. Dieser Absolutheitsanspruch erinnert den Grünspecht immer wieder an die Traditionalisten im Vatikan; auch die römische Kurie behauptet von sich, sie sei die einzig wahre Kirche.

Die neoliberalen Lautsprecher der Abzocker, die permanent den Sozialabbau predigen, die mit ihrer Rentenklausur-Vorlage so glorios vor dem Volk gescheitert sind, die nun als Antwort einfach das Rentenalter erhöhen wollen – diese rechte Klasse politique soll die einzig wahre liberale Kraft in diesem Land sein? In der Tat, ein Fall für den Psychotherapeuten. ■



FLIZ-Filme

Sonntag, 11. April 2010, 11 Uhr:
Matinee **DER WEG NACH MEKKA** von Georg Misch, Wien. Der abenteuerliche Lebensweg des Juden Leopold Weiss aus Lemberg (1900–1992), der in den 20er Jahren zum Islam übertrat, als Muhammad Asad Gründervater und UN-Botschafter Pakistans war, zahlreiche Schriften verfasste, um Orient und Okzident einander näher zu bringen, den Koran neu übersetzte und schliesslich in Spanien starb, etwas enttäuscht von der Entwicklung des Islams. Der Film geht seinem Lebensweg nach – von Lemberg, über Wien, Berlin, Jerusalem, Palästi-



na, Saudi-Arabien bis New York und Spanien, mit zahlreichen Film- und Fotodokumenten. Wir zeigen den Film, u.a. auch angeregt durch die vorweihnachtliche Diskussion «Wir wissen nichts über den Islam!» mit zugerischen Institutionen unter dem Patronat der Stadt. Die Diskussion nach dem Film wird Ignaz Staub moderieren. Unsere Ehrengäste sind Arnold Hottinger und Helen Keiser.

Montag, 12. April 2010, 20 Uhr:

CALLING HEDY LAMARR ebenfalls von Georg Misch – aber ein ganz anderes Thema: die Hollywoodgrösse (1914–2000), die nicht nur mit ihrer Schönheit Karriere machte, sondern die auch eine bahnbrechende Erfindung machte zur Mobiltelefonie, 6 Ehemänner glücklich oder unglücklich machte, arm begann, zu Reichtum kam und auch alles wieder verspielte. Das Spezielle: der Film ist ein endloses Telefongespräch und bringt so die Leidenschaft der Wiener Filmdiva klar zum Ausdruck...

Für Mai und Juni 2010 laufen noch die Gespräche für die Filme von Robert Cibis und Lilian Franck. In Verhandlung ist auch die Anwesenheit der Regisseure. **PIANOMANIA**, der wunderbare Film über einen Klavertechniker, der die Steinway's für die verschiedenen Pianisten mit dem «perfekten Klang» ausrüstet – mittlerweile mit CH-Verleih und ihr Film **JESUS LIEBT DICH** über die Evangelikalen in Deutschland.



Büchermail

Liebe Leserin, lieber Leser
Ich möchte Ihnen ein paar interessante Neuerscheinungen im Bereich Sachbuch vorstellen:

James K. Galbraith, Der geplünderte Staat
Oder was gegen den freien Markt spricht - vom schärfsten Kritiker der amerikanischen Wirtschaftspolitik
Rotpunktverlag 2010, Fr. 39.00



Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter

Herausgegeben von Silke Helfrich und der Heinrich-Böllstiftung
Mit einem Beitrag der Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom
Oekom Verlag, Fr. 42.80

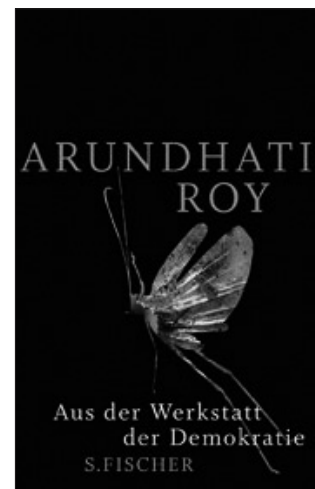
Weissbuch Landwirtschaft Schweiz

Analysen und Vorschläge zur Reform der Agrarpolitik
Hg. Vision Landwirtschaft
Haupt-Verlag, Fr. 48.00



Arundhati Roy, Aus der Werkstatt der Demokratie

Die Frage lautet: Was haben wir der Demokratie angetan, was haben wir aus ihr gemacht?
Was passiert, wenn die Demokratie aufgebraucht ist?
Fischer Verlag, Fr. 34.90





26

Tamim Ansary, Die unbekannte Mitte der Welt

Globalgeschichte aus islamischer Sicht. Ansary ist in Kabul aufgewachsen, hat eine amerikanische Mutter. Somit hat er einen interkulturellen Blick auf den Islam, den er mitreisend und dicht präsentiert. Campus-Verlag, Fr. 42.90

Hiermit möchte ich zu einem Roman, der in Afghanistan spielt weitergehen, der mir unter die Haut gegangen ist:

Nadeem Aslam, Das Haus der fünf Sinne

Der Autor spannt einen Bogen vom Einmarsch der Sowjets bis heute. Wir begegnen einem alten englischen Arzt, der seit Jahrzehnten am Rand der Tora-Bora-Berge lebt und seine afghanische Frau und seine Tochter verloren hat. Eine Russin, die ihren verschollenen Bruder sucht, und ein britischer Diamantenhändler sind Gäste im verwunschenen Hause des Arztes.

Es ist tatsächlich eine schmerzhafteste Lektüre, die sich nur aushalten lässt, weil es dem Autor gelingt, auch viele schöne und sogar ausgesprochen poetische Passagen in die überaus tragische Geschichte hineinzuwoben! Rowohlt-Verlag, Fr. 34.90

Und soeben noch eingetroffen:

Michael Hardt/Antonio Negri, Common Wealth. Das Ende des Eigentums

Viele Menschen fragen nach einer humaneren Alternative des Zusammenlebens. Hardt und Negri entwerfen das Bild einer globalen Gesellschaft, in der die Idee des Gemeinsamen ganz neue Kräfte freisetzt. Campus-Verlag, Fr. 32.90

Nun, viele neue Bücher sind da, und der Frühling wird bis zum Erscheinen dieses BULLETINS wohl auch eingetroffen sein! Mit herzlichen Grüssen Susanne Giger.

Mittwoch, 7. April: Alternative Monatsbar

18.30 h, Siehbachsaal, Chamberstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen der Frischen Brise Steinhäusern, anschliessend 20 h, Alternative Stadt Zug, **Jahresversammlung und Lancierung der Initiative 2000-Watt-Gesellschaft**

Samstag 17. April, 9–12 h, **Komitee 2000 Watt für Zug**, Sammelaktion für die Volkssinitiative «2000 Watt für Zug» in der Stadt Zug

Samstag, 1. Mai: **Ein Fest für alle – Arbeit, Lohn und Rente – statt Profit und Gier!** Landsgemeindeplatz Zug

Mittwoch, 5. Mai: Alternative Monatsbar

18.30 h, Siehbachsaal, Chamberstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen der Freien Wähler Menzingen, anschliessend 20 h, **GV der Alternative – die Grünen Zug**

Samstag, 8. Mai: **Gleis 3 Alternative Risch, Retraite** – Thematik wird noch festgelegt. 9–13 h, Ort noch nicht bekannt

Samstag 8. Mai, 9–12 h, **Komitee 2000 Watt für Zug**, Sammelaktion für die Volkssinitiative «2000 Watt für Zug» in der Stadt Zug

Donnerstag, 27. Mai: **Alternative Baar, Mitgliederversammlung GV** 19 h, Pflegezentrum, Baar

Montag, 31. Mai: **Gleis 3 Alternative Risch, Parteiversammlung: GV und Nominierungen** 19.30 h, Sitzungszimmer Dorfmat

Mittwoch, 2. Juni: Alternative Monatsbar

18.30 h, Siehbachsaal, Chamberstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen des Krifo Alternative Cham, anschliessend 20 h, **Nominationsversammlung der Alternative – die Grünen Zug**

Samstag 26. Juni: **Gesamt-schweizerische Grossdemo der Solidarite sans frontières** Bundesplatz, Bern, weitere Informationen www.ohneuns.ch

Samstag 28. August: **Delegiertenversammlung, Grüne Schweiz** Baar Stadthalle

Samstag, 11. September: **Sponsoring-Event der Alternative – die Grünen Zug** Landsgemeindeplatz, Zug



Dieses Jahr ist das UNO Jahr der Biodiversität. Deshalb veranlasst die Direktion des Innern im Zusammenhang mit Biodiversität folgende Veranstaltungen:

Dienstag, 4. Mai: **Vortrag Reinhard Schnidrig** «Leben in der Kulturlandschaft mit Luchs, Wolf und Bär»

Montag, 7. Juni: **Vortrag Urs Hintermann** «Biodiversität – wie vielfältig ist das pflanzliche und tierische Leben in der Schweiz?»

Mittwoch, 23. Juni: **Abend-Exkursion** «Förderung alter Eichen zum Wohle von Flechten, Insekten und Vögeln», Ort: Zollischlag, Gde. Hünenberg

Die Vorträge finden nach Möglichkeit im Casino statt.

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Kanton Zug

Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alternative Kanton Zug:
**MO, 14–18 Uhr und
DO, 10–14 Uhr**

Forum Oberägeri

Andreas Kuhn, Lutisbachweg 9, 6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
forum-oberaegeri@mymail.ch

Freie Wähler Menzingen

Pia Rhyner, Präsidentin, Eustr. 16, 6313 Menzingen
Postfach 112, 6313 Menzingen
www.fw-menzingen.ch
pia@fw-menzingen.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen

Postfach 123
6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
studerus@datazug.ch

Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber,
Unterer Haldenweg 5,
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

Junge Alternative Zug

Postfach 4806, 6304 Zug
junge@alternaive-zug.ch
www.junge.alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham

Co-Präsidium: Sha Ackermann und Roman Ambühl
www.krifo.ch
cham@alternative-zug.ch

Alternative Stadt Zug

Postfach 4805, 6304 Zug
www.alternative-stadt.ch
info@alternative-stadt.ch

Alternative Baar

Postfach, 6340 Baar
www.alternative-baar.ch
info@alternative-baar.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat:

www.alternativfraktion.ch

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 1, März 2010, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse:

BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug,
E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion:

Natalie Chiodi,
Jonas Feldmann,
Hansjörg Glauser,
Philippe Koch,
Lorenzo Martinoni,
Martin Stuber

Produktion:

Manuela Burkart,
www.alphabeet.ch

Belichtung & Druck:
DMG Zug

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe:

1200 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage:
1005 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.-;
KleinverdienerInnen Fr.
10.-, Unterstützungsabo: Fr.
50.- Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf:

Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss

Nr. 2/2010:

Freitag, 18. Juni 2010

Erscheinungsdatum:

Dienstag, 6. Juli 2010

«DAS BULLETIN» auf dem
Internet unter

www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug

